

Die Wiederbelebung des Hitlergespenstes

Deutschlands Weg in den Kosovo-Krieg

Valentina Jordan

N16a

Betreuende Lehrperson:

Chantal Oberson

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1 Einleitung.....	3
2 Historischer Verlauf des Kosovo-Konflikts.....	5
3 Der Kosovo-Konflikt in der Politik Deutschlands.....	9
3.1 Deutschlands Interessen im Kosovo-Krieg	9
3.2 Die Kosovo-Politik der rot-grünen Regierung.....	11
3.3 Argumente der Kosovo-Debatte in der deutschen Politik	12
4 Hintergründe der Verwendung des Holocausts in der Kosovo-Debatte.....	13
4.1 Der Holocaust in der Berichterstattung über die Jugoslawienkriege.....	13
4.2 Die deutsche «Vergangenheitsbewältigung» des Dritten Reichs	15
5 Redenanalyse.....	18
5.1 Erstes Argumentationsmuster.....	18
5.2 Zweites Argumentationsmuster.....	22
5.3 Wirkung und Rezeption	26
6 Fazit.....	29
7 Quellen und Literaturverzeichnis.....	31
7.1 Primärquellen	31
7.2 Sekundärquellen.....	33
Anhang 1	35
Anhang 2	38

Vorwort

«Das erste Opfer eines Kriegs ist die Wahrheit.»¹ So war es mit der Brutkastenlüge für die Befreiung Kuwaits, so war es mit den angeblichen Massenvernichtungswaffen für die Begründung des Irakkriegs und dies gilt auch für den Kosovo-Krieg.

Der «Sündenfall Kosovo», wie Daniele Ganser ihn bezeichnet, war der erste Krieg, an dem Deutschland mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beteiligt war. Diese Tatsache weckte mein Interesse. Wie war es möglich, die Mehrheit der Bevölkerung, der Medien, der Politiker und Intellektuellen für diesen Krieg zu gewinnen, obwohl es doch hiess, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe?

Je mehr ich mich mit dem Thema beschäftigte, desto bewusster wurde mir, welche Dimensionen die Folgen der propagierten Lügen hatten. Tausende unschuldiger Zivilisten starben in Folge des NATO-Bombardements und Serbien kämpft auch heute noch mit den Folgen. Bomben bringen keinen Frieden, auch wenn sie als «humanitär» bezeichnet werden. Die Arbeit soll aufzeigen, mit welchen Mitteln dieser Krieg legitimiert wurde.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Eltern für ihre Unterstützung sowie wertvolle Kritik bedanken. Des Weiteren danke ich Frau Oberson dafür, dass sie mehr als ich an diese Arbeit geglaubt hat.

¹ Zit. nach Ulrich Teusch, «Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit», in: *Rubikon*, 01.02.2018, nach <https://www.rubikon.news/artikel/das-erste-opfer-eines-krieges-ist-die-wahrheit> (Zugriff am: 13.11.2019)

1 Einleitung

«Sie treiben sie ins KZ»,² «Mord, Deportation, Vertreibung»³, «Unheil Hitler»⁴ - So lauteten die Schlagzeilen in Deutschland – mehr als 50 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg. Diese Überschriften beschreiben nicht das Dritte Reich, sondern den Bürgerkrieg im Kosovo, welcher 1999 Tausende von Kosovo-Albanern und Serben das Leben kostete. Am 24. März 1999 bombardierte die NATO und mit ihr Deutschland Serbien, angeblich um die Gewalt im Kosovo zu beenden.⁵ Die NATO-Intervention wurde in den deutschen Medien intensiv diskutiert – und propagiert.⁶ So dienten die Medien dem deutschen General Heinz Loquai zufolge als «Wegbereiter zum Krieg».⁷ Dabei wurden Parallelen zwischen dem Bürgerkrieg auf dem Balkan und dem Dritten Reich gezogen.⁸ Dies stellte 1999 auch Velten Schäfer in der *taz* fest: «Ob Saddam oder Slobodan, Adolf Hitler ist immer dort, wo der Westen hinbombt. Das Thema Kosovo wird in Begriffen beschrieben, die mit dem Nationalsozialismus verknüpft sind: Völkermord, Deportation, Konzentrationslager.»⁹ Welche Rolle spielte der Zweite Weltkrieg jedoch im Kosovo-Diskurs deutscher Politiker?

In dieser Arbeit soll sowohl die Verwendung von Begriffen, welche mit dem deutschen Nationalsozialismus assoziiert wurden als auch der Gebrauch von Vergleichen mit dem Dritten Reich in Bezug auf den Kosovo-Krieg behandelt werden. Dabei wird untersucht, inwiefern solche Elemente in Bundestagsreden deutscher Politiker vorkommen, welche die NATO-Intervention befürwortet haben. Des Weiteren soll beurteilt werden, ob etwaige Vergleiche oder Bezüge auf das Dritte Reich historisch korrekt bzw. gerechtfertigt sind. Zuletzt wird aufgezeigt, welche propagandistische Wirkung diese Vergleiche und Kontextualisierungen erzielen sollten.

² Zit. nach o. A., «Sie treiben sie ins KZ», in: *Bild*, 01.03.1999, zitiert in: Daniele Ganser, *Illegale Kriege*, S. 181

³ Zit. nach Claus Christian Malzahn, «Mord, Deportation, Vertreibung. Der stellvertretende Chefankläger des Uno-Kriegsverbrechertribunals, Graham Blewitt, über die Anklage gegen Slobodan Milosevic und andere», in: *Der Spiegel*, 22/1999, nach <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13470584.html> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁴ Zit. nach Rudolf Augstein, «Unheil Hitler», in: *Der Spiegel*, 23/1999, nach <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13666734.html> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁵ Vgl. Daniele Ganser, *Illegale Kriege*, Zürich 2017⁵, S. 175

⁶ Vgl. Tobias Riegel, «Kosovo 1999: Der Krieg wurde durch Propaganda möglich gemacht», in: *NachDenkSeiten. Die kritische Website*, 14.03.2019, nach <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50139> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁷ Zit. nach Heinz Loquai, zitiert in: Klaus Hartmann, «20 Jahre seit NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien: Medienlügen (3) – Die vierte Waffengattung», in: *RT Deutsch*, 18.05.2019, nach <https://deutsch.rt.com/meinung/88238-20-jahre-seit-nato-angriffskrieg/> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁸ Vgl. Tobias Riegel, Kosovo 1999: «Der Krieg wurde durch Propaganda möglich gemacht», in: *NachDenkSeiten. Die kritische Website*, 14.03.2019, nach <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50139> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁹ Zit. nach Velten Schäfer, «„Die Serben“ und die Abgründe deutscher Geschichtspolitik. Milosevic ist nicht Hitler», in: *taz*, 06.05.1999, nach <https://taz.de/!1290171/> (Zugriff am: 11.11.2019)

Im Verlauf der Recherche stellte sich heraus, dass die Kosovo-Debatte im Bundestag während des NATO-Bombardements am intensivsten war. Daher werden die Bundestagsprotokolle vom Zeitraum des 24. März bis zum 11. Juli 1999 untersucht.

Um eine fachgerechte Interpretation der Reden ermöglichen zu können, muss der historische Rahmen geklärt werden. Deshalb wird sich das erste Kapitel der Arbeit mit dem Kosovo-Konflikt im Allgemeinen beschäftigen. Das zweite Kapitel thematisiert den Kosovo-Konflikt in der Politik Deutschlands, wobei deutsche Interessen am Kosovo-Krieg sowie Argumente der politischen Debatte genannt werden. Ein weiteres Kapitel befasst sich mit vorausgegangenen Holocaustvergleichen während der Jugoslawienkriege und mit der deutschen Vergangenheitsbewältigung des Dritten Reiches. Darauf folgt eine Analyse der relevantesten Reden aus den Bundestagsprotokollen des oben erwähnten Zeitraumes. Die Inhalte sollen systematisiert, auf ihre historische Korrektheit untersucht und bezüglich ihrer propagandistischen Bedeutung interpretiert werden.

2 Historischer Verlauf des Kosovo-Konflikts

In den 1980er Jahren stiegen die Auslandsschulden Jugoslawiens aufgrund der Erdölkrise und dem Tod Titos massiv an. Anfang der 1990er Jahre verschlimmerte sich die Situation durch diverse neoliberale Forderungen der Weltbank und des IWF weiter.¹⁰ Anlässlich der immer knapper werdenden Finanzmittel kam es zu Kontroversen über deren Verteilung.¹¹

Die Teilrepubliken sahen die jugoslawische Föderation zunehmend als eine Behinderung für das eigene Wirtschaftswachstum und hofften, dass sich durch eine Unabhängigkeit die wirtschaftliche Situation verbessern würde. Als die Bestrebungen der einzelnen Teilrepubliken Slowenien, Kroatien und Bosnien aus der Föderation auszuschneiden, in einen kriegesischen Konflikt mündeten, rückte Jugoslawien ins Licht der Weltöffentlichkeit.¹²

Auch der Kosovo, damals eine überwiegend von Kosovo-Albanern besiedelte Teilprovinz Serbiens,¹³ erhöhte im Verlauf der 1990er Jahre den politischen Druck auf die repressive Regierung. 1989 war dem Kosovo der Autonomiestatus innerhalb des jugoslawischen Verbunds aberkannt worden.¹⁴ Anfang der 90er Jahre sahen die Kosovo-Albaner im Zerfall Jugoslawiens eine Chance, die lang geforderte Unabhängigkeit zu erreichen. Daher gründeten die Kosovo-Albaner die UÇK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, deutsch: Befreiungsarmee des Kosovo), eine Guerillaarmee, die das Ziel verfolgte, den Kosovo ethnisch zu säubern und eine Sezession zu veranlassen.¹⁵ Am 11. Februar 1996 platzierte die UÇK in fünf serbischen Flüchtlingslagern Bomben,¹⁶ am 22. April griff sie erstmals serbische Polizisten und Zivilisten im Kosovo an. Solche Angriffe wiederholten sich in den folgenden Monaten und Jahren, worauf die Regierung in Belgrad die Polizeikräfte im Kosovo verstärkte.¹⁷

Die USA nutzte die UÇK als Instrument, um einen Regierungswechsel in Jugoslawien herbeizuführen und unterstützten diese Einheit mit Waffen, Beratung und Training.¹⁸ Weiterhin setzte die USA schon früh auf eine Drohpolitik durch die NATO, wobei sie Unterstützung bei Deutschland und Großbritannien fand.¹⁹ Die NATO sah in einer Intervention im Kosovo eine Chance, sich von den Vorgaben des UN-Sicherheitsrats loszulösen und ihre Macht zu

¹⁰ Vgl. Kurt Gritsch, Krieg um Kosovo. Geschichte, Hintergründe, Folgen, Innsbruck 2016, S. 57-58

¹¹ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 161

¹² Vgl. Steffen Hendel, Den Krieg erzählen. Positionen und Poetiken der Darstellung des Jugoslawienkrieges in der deutschen Literatur, Osnabrück 2018, S. 53-54

¹³ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 171

¹⁴ Vgl. Hendel, Den Krieg erzählen, S. 193

¹⁵ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 171

¹⁶ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 71

¹⁷ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 171

¹⁸ Vgl. ebd., S. 172-173

¹⁹ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 73

demonstrieren.²⁰ Deutschland verfolgte das Ziel einer ausserpolitischen und militärischen Emanzipation.²¹ So wurde der Kosovo zum Spielball westlicher Interessen.

Im Sommer 1998 zeichnete sich eine weitere Krise ab. Auf Vertreibung und Mord albanischer Serben durch die UÇK reagierte die serbische Regierung mit einer Gegenoffensive. Bürgerkrieg und Massenflucht waren die Folge, die Zahl der Binnenflüchtlinge stieg massiv an. Die UÇK instrumentalisierte das Leid der Flüchtlinge, um so den Westen zu einer Intervention zu bewegen.²²

Aufgrund der zunehmenden Gewalt verlangte die UNO am 23. September 1998 einen Waffenstillstand im Kosovo und einen Rückzug der serbischen Polizei.²³ Am 13. Oktober 1998 wurde das Holbrooke-Milosevic-Abkommen unterzeichnet, welches unter militärischer Drohung der NATO zustande gekommen war.²⁴ Das Abkommen führte zu einer kurzfristigen Entspannung des Konflikts. Während die jugoslawische Seite sich an die Vereinbarungen hielt, unterlief die UÇK diese systematisch.²⁵ Die Eindämmung des Konflikts war nicht von Dauer; aus dem Generalbericht der parlamentarischen Versammlung der NATO vom November 2000 lässt sich entnehmen, dass die UÇK das Holbrooke-Abkommen als Pause genutzt habe, um sich neu zu gruppieren.²⁶ Die vom deutschen und britischen Geheimdienst, sowie der CIA unterstützte UÇK, kehrte schon im November 1998 in viele Dörfer zurück, welche nach dem Abzug der serbischen Polizei ungeschützt waren.²⁷

In der Nacht vom 15. auf den 16. Januar 1999 wurden in Račak, einem Dorf im Zentrum Kosovos, 45 Menschen getötet.²⁸ William Walker, ein Beobachter der OSZE,²⁹ berichtete noch am selben Tag, ohne Voruntersuchungen abzuwarten³⁰, dass Serben unbewaffnete albanische Zivilisten exekutiert hätten. Helen Ranta, finnische Pathologin, behauptete nach entsprechenden Untersuchungen dagegen, dass das Massaker nur inszeniert sein könnte.³¹ Ihr Bericht, welchen sie im Auftrag der EU nach Kriegsende erstellt hatte, wurde

²⁰ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 83 Durch die Bombardierung Serbiens ohne UN-Mandat setzte die NATO sich über die UNO hinweg und übernahm so die Führungsrolle in der internationalen Sicherheitspolitik. (Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S.152)

²¹ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 160

²² Vgl. ebd., S. 80-81

²³ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 173

²⁴ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 87

²⁵ Vgl. Willy Wimmer, «War der NATO-Angriff ein Fehler? Gespräch mit Willy Wimmer, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE», in: *Junge Welt*, 26.03.1999, zitiert in: Gritsch, Krieg um Kosovo, S.94

²⁶ Vgl. Markus Meckel, Kosovo aftermath and its Implications for Conflict Prevention and Crisis Management, General Report Parliamentary Assembly, November 2000, IV/D/84, nach <https://www.nato-pa.int/archived-pub/comrep/2000/at-261-e.asp>, zitiert in: Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 91

²⁷ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 91

²⁸ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S.173-174

²⁹ Vgl. Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenhalt in Europa) gründete 1998 Die KVM (Kosovo Verification Mission), in dessen Rahmen 2000 Beobachter in den Kosovo geschickt werden sollten, um den Waffenstillstand zu überwachen. (Ganser, Illegale Kriege, S. 173)

³⁰ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 97

³¹ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 174

unverzüglich der Geheimhaltung unterstellt.³² Die westlichen Medien stürzten sich auf William Walkers Version eines Massakers, das «alles übertreffe, was er jemals gesehen habe».³³

Dementsprechend waren auch die Reaktionen auf politischer Ebene. Während die Weltöffentlichkeit schockiert war, sah die USA eine Chance auf die seit langem geplante Intervention und verstärkte den Druck gegenüber Belgrad.³⁴ Madeleine Albright, damals US-Amerikanische Aussenministerin, verlangte eine scharfe Reaktion der NATO.³⁵ Die Forderung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg IFSH, «Bonn müsse der neuen NATO-Doktrin ein Veto entgegenbringen und dürfe die ‚Selbstmandatierung‘ des Bündnisses nicht akzeptieren, denn ein Kosovo-Einsatz ohne UNO-Mandat sei völkerrechtswidrig», fand kein Gehör.³⁶

Am 6. Februar 1999 organisierte die Kosovo-Kontaktgruppe³⁷ ein Treffen der beiden Konfliktparteien in Paris.³⁸ Die sogenannten «Friedensverhandlungen von Rambouillet» scheiterten, da beide Seiten auf ihren unvereinbaren Forderungen beharrten. Während die Kosovo-Albaner weiterhin die Unabhängigkeit Kosovos verlangten, wollte Serbien eine Sezession des Kosovo unbedingt verhindern.³⁹ Ausserdem wurde Serbien mit einem nicht verhandelbaren militärischen Zusatzprotokoll konfrontiert. Der sogenannte Annex B implementierte die militärische Bewegungsfreiheit der NATO in ganz Jugoslawien⁴⁰ und war somit laut Friedensforscher Hans-Georg Ehrhart «unannehmbar».⁴¹

Nach dem Scheitern der Verhandlungen machte die USA ihre Drohung wahr; am 24. März 1999 fielen die ersten Bomben auf die serbische Hauptstadt Belgrad, unter den Kampfflugzeugen befanden sich vier Tornados der deutschen Luftwaffe.⁴² Ein UN-Mandat für die Intervention hatte die NATO nicht.⁴³ Das Bombardement verschärfte die Kosovo-Krise massiv, der Hass auf der serbische Seite und der Einfluss des serbischen Präsidenten

³² Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 97

³³ Zit. nach ebd., S. 95

³⁴ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 95

³⁵ Vgl. Joschka Fischer, Die rot-grünen Jahre, Köln 2007, S. 122

³⁶ Zit. nach Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 99

³⁷ Die Kosovo Kontaktgruppe hatte sich 1993 aus der Balkan-Kontaktgruppe gebildet und setzte sich aus Vertretern der USA, Russland, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien zusammen. (Vgl. o. A., «Stichwort: Kosovo-Kontaktgruppe», in: *MZ*, 18.11.2007, nach <https://www.mz-web.de/nachrichten/stichwort--kosovo-kontaktgruppe-8627186> (Zugriff am: 10.11.2019))

³⁸ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 100

³⁹ Vgl. Fischer, Die rot-grünen Jahre, S. 137-138

⁴⁰ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 103-104

⁴¹ Zit. nach Hans-Georg Ehrhart, 12 Thesen zum Kosovo-Konflikt, vorgelegt auf der Internationalen Tagung ‚Europa nach dem Kosovo-Konflikt‘ der Evangelischen Akademie Loccum vom 31. März bis 02. April 2000, Homepage des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Universität Hamburg IFSH, <https://ifsh.de/dokumente/artikel/thesen.htm>, zitiert in: Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 105-106

⁴² Vgl. Fischer, Die rot-grünen Jahre, S. 157

⁴³ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 175

Slobodan Milosevic wuchs an. So behauptete Gregor Gysi, damals Vorsitzender der PDS-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag, «dass die jugoslawische Armee und Polizei den Krieg zur systematischen Vertreibung der Kosovo-Albaner nutzen.»⁴⁴ Daraufhin stieg die Anzahl der Vertriebenen auf fast eine Million an, auf diese Weise wurde dem Historiker Kurt Gritsch zufolge «die ‚humanitäre Katastrophe‘, welche die NATO angeblich verhindern wollte, erst vollumfänglich Realität.»⁴⁵ Die NATO warf sowohl Splitterbomben als auch Uranmunition über Serbien ab⁴⁶ und zerstörte Brücken, Fabriken, Fernsehanstalten sowie zivile Einrichtungen.⁴⁷ Vor allem der Einsatz von Uranmunition hatte weitreichende Folgen für die serbische Bevölkerung. So könnte die hohe Anzahl von Krebserkrankungen eine Folge der radioaktiven Strahlung sein.⁴⁸

In Folge einer täglichen Intensivierung der Beschüsse⁴⁹ und der Verhandlungen mit der sogenannten «Troika»⁵⁰ stimmte Milosevic dem Friedensplan und den damit verbundenen westlichen Forderungen zu.⁵¹ Zu den sogenannten fünf Punkten gehörten das sofortige Beenden des Tötens im Kosovo durch einen Waffenstillstand, der vollständige und verifizierte Rückzug des serbischen Militärs und der Sonderpolizei, die Entwaffnung aller Paramilitärs, die Flüchtlingsrückkehr in ein sicheres Umfeld⁵² und, auf die ausdrückliche Aufforderung der USA hin, auch eine Militärpräsenz der NATO im Kosovo.⁵³ Daraufhin wurde das während 78 Tagen andauernde Bombardement Serbiens am 10. Juni 1999 eingestellt.⁵⁴ Der Kosovo erhielt einen autonomen Status.⁵⁵ Im selben Jahr wurde dort der amerikanische Militärstützpunkt Camp Bondsteel errichtet,⁵⁶ einer der grössten Militärstützpunkte der USA auf europäischen Boden.⁵⁷

⁴⁴ Zit. nach Gregor Gysi, 43. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 11.06.1999, S. 3573, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14043.pdf> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁴⁵ Zit. nach Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 13

⁴⁶ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 179

⁴⁷ Vgl. Maria Mies, Krieg ohne Grenzen. Die neue Kolonialisierung der Welt, Köln 2005², S. 87

⁴⁸ Vgl. Reportage: NATO-Bombardierung 1999 – Die „humanitäre Intervention“ in Jugoslawien, *Der fehlende Part*, 24.03.2019, Filmsequenz: 00:21:42, nach <https://www.youtube.com/watch?v=9FxxvINbPLVs> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁴⁹ Vgl. Hendel, Den Krieg erzählen, S. 195

⁵⁰ Die Kosovo-Troika setzte sich aus je einem politischen Vertreter der USA, der EU und Russland zusammen. (Zit. nach. Fischer, Die rot-grünen Jahre, S. 228)

⁵¹ Vgl. Fischer, Die rot-grünen Jahre, S. 231-232

⁵² Vgl. ebd., S. 178

⁵³ Vgl. ebd., S. 180

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 239

⁵⁵ Hendel, Den Krieg erzählen, S. 195

⁵⁶ Ganser, Illegale Kriege, S. 157

⁵⁷ Vgl. o. A., «Camp Bondsteel», in: *Army Technology*, o. A., nach <https://www.army-technology.com/projects/campbondsteel/> (Zugriff am: 11.11.2019)

3 Der Kosovo-Konflikt in der Politik Deutschlands

3.1 Deutschlands Interessen im Kosovo-Krieg

Nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kommunismus bekam die deutsche Balkan-Politik Anfang der 1990er Jahre eine immer grössere Bedeutung.⁵⁸ Die BRD setzte sich von Beginn der 90er Jahre an systematisch für die Destabilisierung Jugoslawiens ein. Deutschland hatte sich schon während der gesamten Jugoslawien-Kriege durch diplomatische Initiativen für die Sezession von Slowenien, Kroatien und Bosnien sowie die Unterstützung kroatischer Sezessionisten durch BND-Agenten hervorgetan.⁵⁹ Während des Kosovo-Konflikts unterstützte es die UÇK aktiv mit Waffen aus den Beständen der ehemaligen DDR.⁶⁰

Im Gegensatz zu der Behauptung, dass es bei der Intervention im Kosovo ausschliesslich um humanitäre Ziele ginge, hatte die BRD durchaus sowohl wirtschaftliche als auch politische Interessen an einer NATO-Intervention mit deutscher Beteiligung. Mit dem Zerfall der Sowjetunion hatte sich ein politisches Vakuum gebildet, in das alle Grossmächte drängten. Transnationale Konzerne wetteiferten um die Kontrolle über Rohstoffe, Arbeitskräfte und Absatzmärkte. Vor allem die vermuteten Ölvorkommnisse dieser Region waren für Deutschland von grossem Interesse.⁶¹

Eine aktive Beteiligung am Kosovo-Krieg bot für Deutschland somit viele Vorteile. Doch mit dem Ende des Kalten Krieges waren nicht nur neue Perspektiven, sondern auch eine Legitimationskrise der Bundeswehr entstanden. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes war die Bundeswehr ebenso wie die NATO im Begriff, ihre Existenzberechtigung zu verlieren.⁶² Ein weiteres Hindernis stellte das kriegsunwillige deutsche Volk dar, dessen politisches Selbstbewusstsein auf der eigenen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust gründete und das somit einem Krieg mit deutscher Beteiligung ablehnend gegenüberstand.⁶³ Seit den Anfängen der Bundesrepublik hatte sich als «Lehre» aus der deutschen Geschichte die Grundüberzeugung «Nie wieder Krieg!» durchgesetzt.⁶⁴ Ausserdem hatte Deutschland in den 80er Jahren sowohl in der BRD als auch in der DDR eine starke Friedensbewegung erlebt.⁶⁵ Die Friedensmoral als politisches Ideal der beiden deutschen

⁵⁸ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 160

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 35

⁶⁰ Vgl. Mies, Krieg ohne Grenzen, S. 81

⁶¹ Vgl. Ulrich Rippert, «Deutsche Interessen im Krieg gegen Jugoslawien», 18.06.1999, in: *World Socialist Web Site*, nach <https://www.wsws.org/de/articles/1999/06/intr-j18.html> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁶² Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 160

⁶³ Vgl. Hendel, Den Krieg erzählen, S. 219

⁶⁴ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 176

⁶⁵ Aufgrund des Wettrüstens zwischen den Supermächten USA und Russland wuchs in den 80er Jahren die Angst vor einem Atomkrieg. Dies führte in Deutschland, das bei einer Eskalation des Konflikts zuerst betroffen wäre, zu einer starken Friedensbewegung. (Vgl. Andreas Grau,

Nachkriegsgesellschaften stand einem vereinten, kriegspolitisch wieder aktiven Deutschland im Weg.⁶⁶

Die Anfang der 90er Jahre innerhalb der Bundeswehr gegründeten sogenannten Krisenreaktionskräfte schufen die Voraussetzung für eine schrittweise Schwerpunktverlagerung von der Landesverteidigung zur «weltweiten ‚Verteidigung‘ nationaler Interessen».⁶⁷ Unter dem Vorwand einer «neuen Verantwortung» gerecht werden zu wollen,⁶⁸ wurde die Bundeswehr zu einer «international einsetzbaren Interventionsarmee» umgebaut.⁶⁹

Schon im Golfkrieg 1991 war der Regierung und der Bundeswehr sehr an einer Beteiligung an der NATO-Intervention gelegen, doch ein Kampfeinsatz Deutschlands hätte zu heftigen innen- sowie außenpolitischen Kontroversen geführt. Unter Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde der Kurs der aktiven Interventionen weiterverfolgt. Mit der verstärkten Beteiligung des deutschen Militärs an humanitären Einsätzen der NATO⁷⁰ und vor allem durch die Teilnahme am Angriff auf Serbien wurde die Öffentlichkeit schrittweise an Auslandseinsätze gewöhnt.⁷¹ So Albrecht Müller, ehemaliger Politiker der SPD: «Am 24. März 1999 begann der Krieg gegen Rest-Jugoslawien, der sogenannte Kosovokrieg. Er hatte große Bedeutung für die Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes. Bis dahin hatten wir die Bundeswehr zur Verteidigung. Seit dem 24. März 1999 haben wir die Bundeswehr vor allem zur militärischen Intervention in anderen Ländern.»⁷²

Die Bombardierung Serbiens 1999 war der erste «out of area» Einsatz der NATO und zugleich der erste Kriegseinsatz Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und stellt somit eine Zäsur in der deutschen Geschichte dar.⁷³

«Friedensbewegung», in: *Lebendiges Museum Online*, o. A., nach <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-krisenmanagement/bundesrepublik-im-umbruch/friedensbewegung.html>, (Zugriff am: 11.11.2019)

⁶⁶ Vgl. Hendel, Den Krieg erzählen, S. 224

⁶⁷ Zit. nach Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 161

⁶⁸ Zit. nach Arno Neuber, Armee für alle Fälle. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, S.20, ISW-Report 44, August 2000, S.20, zitiert in: Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 161

⁶⁹ Zit. nach Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 161

⁷⁰ Vgl. Ingo Neumayer, «Geschichte der Bundeswehr. Die Zeit von 1990 bis 2013», in: *planet-wissen*, 18.10.2018, nach https://www.planet-wissen.de/geschichte/deutsche_geschichte/die_geschichte_der_bundeswehr/geschichte-der-bundeswehr-2013-102.html (Zugriff am: 06.11.2019)

⁷¹ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 160-161

⁷² Zit. nach Albrecht Müller, «NATO-Bomben auf Belgrad. Wer vor 20 Jahren wissen wollte, konnte wissen, was gespielt wird.», in: *NachDenkSeiten. Die kritische Website*, 13.03.2019, nach <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50118> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁷³ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 126

3.2 Die Kosovo-Politik der rot-grünen Regierung

Im Jahr 1998, ein Jahr vor der NATO-Intervention im Kosovo, fand in Deutschland ein Regierungswechsel statt. Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP unter Helmut Kohl wurden durch die rot-grüne Koalition zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelöst. Der Spitzenkandidat der SPD Gerhard Schröder wurde zum Bundeskanzler gewählt. Ein Jahr später führte die rot-grüne Koalition Deutschland in einen Angriffskrieg ohne UN-Mandat gegen Jugoslawien.

Noch vor dem Amtsantritt der neuen Regierung stand der politische Kurs fest, den die Partei in Bezug auf den Kosovo einschlagen sollte. So sprachen im Frühsommer 1998, noch vor den Bundestagswahlen, der zukünftige Bundeskanzler Gerhard Schröder und der damalige Präsident der USA Bill Clinton in Washington im Rahmen eines politischen Visits auch über den Kosovo. Dabei einigten sie sich darauf, dass die neue Bundesregierung bei einer eventuellen NATO-Intervention zustimmen würde. Im Gegenzug bekam die SPD professionelle Unterstützung aus dem Clinton-Team für den Wahlkampf.⁷⁴ Am 9. Oktober 1998 führten der designierte Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Clinton in Washington erneut ein Gespräch, diesmal unter vier Augen.⁷⁵ Drei Tage später stimmte das Bundeskabinett der Teilnahme deutscher Soldaten an einem möglichen Militäreinsatz der NATO zu.⁷⁶ Am 16. Oktober 1998 stimmte auch der Bundestag über Deutschlands Beteiligung an den von der NATO geplanten Luftoperationen im Kosovo ab. Der Antrag wurde von einer deutlichen Mehrheit angenommen.⁷⁷

Mit Ausnahme der PDS, die den Antrag entschieden ablehnte, herrschte schon während dieser Bundestagssitzung ein breiter Konsens zwischen allen Parteien.⁷⁸ Dabei hatte die SPD im Programm für die Bundestagswahlen noch postuliert, dass die Bundeswehr nur der Landes- und Bündnisverteidigung dienen und nur im Rahmen eines UNO- oder OSZE-Mandats für Friedensmissionen eingesetzt werden dürfe.⁷⁹ Nach ihrem Regierungsantritt führte die neue Regierung jedoch den Kurs des Bundeswehr-Umbaus fort.⁸⁰

⁷⁴ Zit. nach Jochen Scholz, in: KenFM-Spotlight: Jochen Scholz über Clintons Wahlkampfhelder bei der SPD und den Kosovo-Krieg, in: *KenFm*, 25.10.2016 nach <https://www.youtube.com/watch?v=M46W50XHvhY> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁷⁵ Vgl. Fischer, *Die rot-grünen Jahre*, S. 104

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 108

⁷⁷ Vgl. 248. Sitzung des 13. Deutschen Bundestages, 16.10.1999, S. 23161, nach <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13248.pdf>, (Zugriff am: 11.11.2019)

⁷⁸ Hendel, *Den Krieg erzählen*, S. 207

⁷⁹ Vgl. Wahlprogramm der SPD 1998, 17.04.1998, S. 76, nach <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/a98-04467.pdf> (Zugriff am: 11.11.2019)

⁸⁰ Gritsch, *Krieg um Kosovo*, S. 129

3.3 Argumente der Kosovo-Debatte in der deutschen Politik

Der Einsatz deutscher Soldaten wurde im Bundestag vor, aber auch während der NATO-Intervention in Serbien, intensiv diskutiert. Dabei argumentierten alle Parteien mit Ausnahme der PDS und einzelnen Abgeordneten für die Intervention.

Vor allem die CDU/CSU sowie die FDP stützten ihre Argumentation auf die Verantwortung, die Deutschland der eigenen Armee, Europa, aber vor allem der NATO gegenüber habe.⁸¹ Das Argument der Bündnispflicht der NATO gegenüber ist allerdings insofern fragwürdig, als ein solcher Bündnisfall gemäss des NATO-Vertrags nur bei einem Angriff auf ein NATO-Mitglied eintritt.⁸²

Ein weiteres von allen politischen Lagern verwendetes Argument war die «humanitäre Katastrophe», die nur mit militärischen Mitteln, einer sogenannten «humanitären Intervention», verhindert werden könne. Der deutsche General Heinz Loquai, welcher als OSZE-Beobachter vor Ort war, behauptet allerdings, dass «eine solche humanitäre Katastrophe als völkerrechtliche Kategorie, die einen Kriegseintritt rechtfertigte» vor Kriegsbeginn im Kosovo nicht vorlag.⁸³ Die Verwendung des Begriffs der «humanitären Intervention» sorgte dafür, dass der völkerrechtlich korrekte Begriff «Angriffskrieg» vermieden werden konnte.⁸⁴ Ausserdem wurde auf diese Weise suggeriert, dass es beim Kosovo-Krieg nur um humanitäre Interessen gehen würde. So behauptete Karl Lamers (CDU/CSU) am 15. April 1999 im Bundestag, dass «[e]s nur äußerst selten – wenn überhaupt jemals – eine kriegerische Auseinandersetzung gegeben hat, die so ausschließlich von moralischen Motiven getragen war, wie das im Kosovo-Konflikt für die NATO-Länder zutrifft.»⁸⁵ Kurt Gritsch zufolge ging es im Kosovo-Konflikt letzten Endes allerdings «nicht um humanitäre Absichten, sondern um strategische, ökonomische und politische Überlegungen».⁸⁶ Charakteristisch für den Kosovo-Diskurs in Deutschland war jedoch der argumentative Bezug auf den Holocaust – sowohl von Befürwortern als auch Gegnern der Intervention.⁸⁷ Wie es zur Instrumentalisierung der deutschen Vergangenheit für das tagespolitische Thema Kosovo kam, soll im Folgenden ausgeführt werden.

⁸¹ So zum Beispiel Volker Rühle am Tag der Abstimmungen über eine deutsche Beteiligung an den geplanten Luftoperationen der NATO. (Vgl. Volker Rühle, in: 43. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 11.06.1999, S. 23133-23134, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14043.pdf>, (Zugriff am: 15.11.2019))

⁸² Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 118

⁸³ Zit. nach Heinz Loquai, in: Es begann mit einer Lüge, Dokumentarfilm, Filmsequenz: 00:06:51, <https://www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRIXMNU&t=679s&pbjreload=10> (Zugriff am: 12.11.2019))

⁸⁴ Vgl. Mies, Krieg ohne Grenzen, S 78

⁸⁵ Zit. nach Karl Lamers, in: 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2649, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf> (Zugriff am: 29.09.2019)

⁸⁶ Zit. nach Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 247

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 118

4 Hintergründe der Verwendung des Holocausts in der Kosovo-Debatte

4.1 Der Holocaust in der Berichterstattung über die Jugoslawienkriege

Schon sieben Jahre zuvor, während der Jugoslawienkriege, wurde der Holocaust genutzt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Das Serbienbild Deutschlands war schon vor Beginn der Jugoslawienkriege mehrheitlich negativ konnotiert. Während der Kriege wurde das Image Serbiens in Deutschland durch die Einwirkung von PR-Kampagnen weiter verschlechtert.⁸⁸ So konstruierte die im Jahre 1991 von Kroatien engagierte PR-Firma *Ruder Finn Global Public Affairs*⁸⁹ aus dem ethnisch-nationalen Konflikt zwischen Kroatien und Serbien einen ideologischen Konflikt zwischen Nationalbolschewismus und Demokratie.⁹⁰ Auch die Gleichsetzung von Serben mit Nazis war Ergebnis der Arbeit von *Ruder Finn*. Die PR-Firma war 1992 auch von Bosnien engagiert worden⁹¹ und hatte es geschafft, im August desselben Jahres jüdische Organisationen wie die *B'nai B'rith Anti-Defamation League*, das *American Jewish Committee* oder den *American Jewish Congress* auf die Seite der bosnischen Muslime zu ziehen.⁹² «Fast unmittelbar danach benutzten die Medien eine andere Sprache mit sehr emotionsbeladenen Begriffen wie ethnische Säuberung, Konzentrationslager und so weiter.», beschreibt James Harff, Direktor der PR-Firma, seinen Erfolg.⁹³ Obwohl die Serben im Zweiten Weltkrieg mit den Juden zu den Opfern des Nationalsozialismus gehörten, wurden sie während der Jugoslawienkriege mit den Nazis identifiziert. Die Arbeit von *Ruder Finn* hatte auch Einfluss auf deutsche NGOs wie die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) aus Göttingen. Die 1970 gegründete GfbV ergriff Partei für die bosnischen und kroatischen Kriegsoffer und leistete professionelle Öffentlichkeitsarbeit.⁹⁴ Dazu gehörten beispielsweise Mahnwachen für die Opfer des Völkermords in Bosnien vor ehemaligen Konzentrationslagern.⁹⁵

⁸⁸ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 17

⁸⁹ Vgl. Mira Beham, Kriegstrommeln, München 1996, S. 160

⁹⁰ Vgl. Beham, Kriegstrommeln, S. 163

⁹¹ Vgl. ebd., S. 169

⁹² Vgl. ebd., S. 174

⁹³ Zit. nach James Harff, in: Interview von Jaques Merlino mit James Harff im April 1993, zitiert in: Michael Opperskalski, Serbien muss sterben, in: *Geheim*, 2/1998, zitiert in: Ganser, Illegale Kriege, S. 181

⁹⁴ Vgl. John Ranz, «Serbs, Jews and Bosnia». Survivors of the Buchenwald Concentration Camp, in: *Jewish Week*, 5. August, zitiert in: Beham, Kriegstrommeln, S. 191

⁹⁵ So organisierte die GfbV Göttingen im Juli 1993 eine Mahnwache für die Opfer des Völkermords in Bosnien vor dem ehemaligen Konzentrationslager Dachau und im November desselben Jahres eine Mahnkundgebung für die Opfer des Völkermords in Bosnien-Herzegowina am ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald. (Vgl. Beham, Kriegstrommeln, S. 185)

Ein weiteres Schlüsselereignis für die Interpretation der Jugoslawienkriege in Deutschland stellt das Massaker von Srebrenica dar.⁹⁶ Am 5 Juli 1995 eroberten serbische Soldaten die UN-Schutzzone Srebrenica. Mehr als 40'000 Muslime wurden aus der Schutzzone vertrieben, eine grosse Zahl wurde getötet. Die genaue Anzahl der Opfer ist umstritten.⁹⁷ Ein Grossteil der deutschen Politiker und Intellektuellen warf den Truppen unter General Mladic die systematische Exekution von bis zu 8000 männlichen Muslimen vor und sah Srebrenica als Beweis für den geplanten Genozid an bosnischen Muslimen. Dabei wurde eine Analogie zwischen Srebrenica und Auschwitz suggeriert.⁹⁸

All dies hatte zur Folge, dass ein Grossteil der deutschen Öffentlichkeit aber auch der Medien und politischen Funktionsträger den Jugoslawienkonflikt als einen Freiheitskampf der jugoslawischen Slowenen, Kroaten und Muslime gegen ein totalitäres serbisches Regime interpretierten.⁹⁹ Diese Interpretation sowie das undifferenzierte Bild der «bösen serbischen Aggressoren» und «armen muslimischen Opfer» setzte sich in Deutschland auch während des Kosovo-Konflikts durch.¹⁰⁰ Dabei wurde die UÇK nicht als militante Rebellenorganisation betrachtet, sondern zur «demokratischen Kraft» Kosovos erklärt.¹⁰¹

Somit wurde der Kosovo-Krieg mehrheitlich als eine Fortsetzung der aggressiv-faschistischen serbischen Politik und den «Versuch Serbiens, die grosse kosovo-albanische Bevölkerungsmehrheit zu vertreiben und das Gebiet ethnisch zu reinigen» interpretiert.¹⁰²

⁹⁶ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 26

⁹⁷ Ganser, Illegale Kriege, S. 166

⁹⁸ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 26-27

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 18-19

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 21-22

¹⁰¹ Zit. nach Madeleine Albright, o. A., zitiert in: Mies, Krieg ohne Grenzen, S. 82

¹⁰² Zit. nach Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 22

4.2 Die deutsche «Vergangenheitsbewältigung» des Dritten Reichs

Unabhängig von den Nazivergleichen während der Jugoslawienkriege war und ist der Holocaust in der deutschen Politik seit jeher ein viel diskutiertes Thema. Daher ist es wichtig, einen kurzen Überblick über den Verlauf der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland zu schaffen.

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg führten die Siegermächte in Deutschland eine Entnazifizierung durch.¹⁰³ In der DDR wurde diese 1949 für beendet und der Nationalsozialismus für ausgerottet erklärt. Der Rest der ostdeutschen Bürger wurde zu Antifaschisten deklariert, die Frage nach deren Schuld oder Unschuld erübrigte sich. Da der Gründungsmythos der DDR auf antifaschistischen Widerstand basierte, wurde die Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg mittels Denkmälern, Ritualen und Bildungsinstitutionen gepflegt. Eine wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit fand jedoch nicht statt.¹⁰⁴

In Westdeutschland dagegen war die NS-Vergangenheit in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend verdrängt worden.¹⁰⁵ Der von Amerika und Grossbritannien ab 1945 eingeschlagene Kurs der Entnazifizierung stiess früh auf Kritik der westdeutschen Bevölkerung.¹⁰⁶ Mit dem Rückzug der Alliierten aus der Regierung und der Gründung der Bundesrepublik begann 1949 eine Revision dieser Säuberungspolitik, welche als Vergangenheitspolitik der 50er Jahre bezeichnet wird.¹⁰⁷

Die Folge der mangelhaften Auseinandersetzung Westdeutschlands mit der nationalsozialistischen Vergangenheit war eine neue Antisemitismuswelle um 1959, die zu Reformen in Justiz, Politik und im Bildungswesen führte. Intensiviert wurde das Vergangenheitsbewusstsein in der Politik und der Bevölkerung zusätzlich durch den Eichmann-Prozess in Jerusalem¹⁰⁸ und später durch den Frankfurter Auschwitz-Prozess. So wurden in der BRD KZ-Gedenkstätten im Gegensatz zur DDR erst Mitte der 60er Jahre vermehrt eröffnet.¹⁰⁹

¹⁰³ Vgl. Torben Fischer, Mattias N. Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung. Debatten und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 2007 Bielefeld, S.18

¹⁰⁴ Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichte der Erinnerungskultur in der DDR und BRD, *Bundeszentrale für deutsche Bildung*, 26.8.2008, nach <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39814/geschichte-der-erinnerungskultur?p=all>, Zugriff am (15.10.2019)

¹⁰⁵ Norbert Frei, Vergangenheitspolitik, die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1997², S. 8

¹⁰⁶ Vgl. ebd., S.14

¹⁰⁷ Vgl. ebd., S. 13 Die Vergangenheitspolitik beinhaltete Strafaufhebungen und Integrationsleistungen gegenüber ehemaligen NS-Parteimitgliedern, welche unter Entnazifizierung, Internierung oder Verhaftungen gelitten hatten. (Vgl. ebd., S.14-16) Mitte der fünfziger Jahre waren viele, die 1945 und 1947 als NS-Verbrecher verurteilt worden waren, wieder frei. (Vgl. ebd., S. 20)

¹⁰⁸ Vgl. Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 85-86

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 168 Es folgte eine kulturell-didaktische Aufklärung im Fernsehen, so wurde 1960/61 die dokumentarische Fernsehreihe *Das Dritte Reich* ausgestrahlt. (Vgl. ebd., S. 162) Fast zeitgleich begann die Thematisierung des Holocaust in Spielfilmen. (Vgl. ebd., S. 171)

Ende der 1950er Jahre kam es zu einer zunehmenden demokratischen Liberalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft, welche in die 68er Bewegung¹¹⁰ mündete, deren Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung Deutschlands von grosser Bedeutung war.¹¹¹ Die Studentenbewegung stellte sowohl Fragen zu Ursache, Ablauf und Folgen des deutschen Faschismus als auch Fragen nach Verantwortung und Schuld der Väter und Mütter.¹¹²

Die «68er» setzten grosse Hoffnungen auf Willy Brandt (SPD), der 1969 zum Bundeskanzler gewählt wurde. Die Wahl Willy Brandts, der ein ehemaliger Emigrant und ein Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus war, verkörperte den Bruch mit den NS-Funktionselementen der BRD.¹¹³ Brandt strebte eine neue Ostpolitik und die Versöhnung mit Polen an.¹¹⁴ Er «politisierte und polarisierte» den Erinnerungskult der deutschen Vergangenheit.¹¹⁵ So bekannte er sich 1970 mit dem Kniefall von Warschau¹¹⁶ öffentlich zur deutschen Schuld und vertrat so ein aufgeklärtes, «besseres» Deutschland.¹¹⁷

Willy Brandts Nachfolger, Helmut Schmidt, welcher 1974 zum Bundeskanzler gewählt wurde¹¹⁸, war in seinen aussenpolitischen Beziehungen weniger erfolgreich, was sich zum Beispiel im Schmidt-Begin-Konflikt¹¹⁹ äusserte. Im Verlauf des Konflikts griff die israelische Regierung auf die deutsche Vergangenheit als politisches Druckmittel zurück. Menachem Begin, dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten, wurde vorgeworfen, den Holocaust in unangemessener Weise zu instrumentalisieren.¹²⁰

Helmut Kohl (CDU), welcher nach dem Regierungswechsel 1982 als deutscher Bundeskanzler fungierte, strebte eine Loslösung der Aussenpolitik von den Geschehnissen des Zweiten Weltkriegs an. Sein Versuch, die BRD zu «normalisieren» indem er ein positives

¹¹⁰ Die «Achtundsechzig» war eine internationale soziale Bewegung, deren Ziel jedoch nicht ausschliesslich die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit Deutschlands war, sondern auch die Überwindung des kalten Krieges, eine Kritik am Kapitalismus und vor allem die Veränderung der gesellschaftlichen Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft. (Vgl. Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 178)

¹¹¹ Vgl. Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 178

¹¹² Zit. nach ebd., S. 180

¹¹³ Vgl. ebd., S. 185

¹¹⁴ Vgl. ebd., S. 191

¹¹⁵ Zit. nach Edgar Wolfrum, «Geschichte der Erinnerungskultur in der DDR und BRD», *Bundeszentrale für deutsche Bildung*, 26.8.2008, nach <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39814/geschichte-der-erinnerungskultur?p=all>, (Zugriff am:12.11.2019)

¹¹⁶ Vorfall während einer Polenreise Willy Brandts, bei der dieser am 07.12.1970 unerwartet vor dem Mahnmahl für die jüdischen Opfer des Warschauer Ghetto Aufstandes von 1943 niederkniete. (Vgl. Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 189)

¹¹⁷ Zit. nach Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 190

¹¹⁸ Vgl. Zündorf, Irmgard/Eimermacher, Stefanie, «Helmut Schmidt 1918 – 2015», in: *Lebendiges Museum Online*, o. A., nach <https://www.hdg.de/lemo/biografie/helmut-schmidt.html>, (Zugriff am: 12.11.2019)

¹¹⁹ Der Schmidt-Begin-Konflikt bezeichnet eine Auseinandersetzung zwischen dem Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin. Auslöser des Konflikts war die Nahostpolitik Deutschlands, die nicht den israelischen Erwartungen entsprach und Differenzen zwischen Begin und Schmidt bezüglich Deutschlands politischen Verpflichtungen Israel gegenüber. (Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 224-225)

¹²⁰ Vgl. Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 225

Geschichtsbild bemühte, stiess jedoch auf viel Kritik.¹²¹ So wurde er von seinen Gegnern in Zusammenhang mit der Bitburg-Affäre¹²² oder dem Goebbels-Gorbatschow-Vergleich¹²³ der Relativierung von NS-Verbrechen bezichtigt. Die Zeit unter Kohl war auch weiterhin geprägt durch Debatten über den Umgang mit der deutschen Vergangenheit, wie zum Beispiel den im Jahre 1986 ausgetragenen Historikerstreit.¹²⁴

Auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 und der Vergangenheitsbewältigung der DDR-Zeit war der Prozess der Aufarbeitung immer noch nicht abgeschlossen. Der deutsche Althistoriker Christian Meier behauptet, dass Ende der 80er Jahre eine Wende stattgefunden habe, im Verlaufe derer die Deutschen plötzlich «Erinnerungsweltmeister» geworden wären.¹²⁵ Diese leidenschaftliche Erinnerungskultur fand jedoch ihre Kritiker. Einer der bekanntesten ist der deutsche Schriftsteller Martin Walser, der 1998 mit seiner Rede anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels den Anstoss zur Walser-Bubis-Debatte¹²⁶ gab. Walser kritisierte die «Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken» und behauptete, dass Auschwitz zu einem «jederzeit einsetzbaren Einschüchterungsmittel» und zur «Moralkeule» geworden wäre. Das Holocaust Mahnmal in Berlin bezeichnete er als einen «fußballfeldgroßen Alptraum» und nannte es «die Monumentalisierung der Schande».¹²⁷

Deutschland befand sich nach der Wiedervereinigung somit in einem Spannungsfeld zwischen Erinnerung und Aufarbeitung sowie dem Wunsch nach Überwindung der Vergangenheit und Fortschritt. Steffen Hendl zufolge etablierte sich eine «Streitkultur», welche immer wieder die Frage aufwarf, «ob Verpflichtendes aus der deutschen Geschichte abzuleiten sei oder ob man ‚zeitgemäss‘ und ‚erwachsen‘ werden sollte».¹²⁸

¹²¹ Vgl. Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 226-227

¹²² 1985 wurde eine öffentliche Debatte um den Deutschlandbesuch von US-Präsident Ronald Reagan zum 40. Jahrestag zum Ende des Zweiten Weltkrieges geführt. Kern der Auseinandersetzungen war die Frage, ob der Besuch eines Soldaten-Friedhofs in Bitburg angemessen sei. (ebd., S.227-229)

¹²³ In einem Interview mit einem amerikanischen Nachrichtenmagazin verglich Helmut Kohl den NS-Propagandaminister Joseph Goebbels mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow, was einen internationalen politischen Skandal auslöste. (Vgl. ebd., S. 229-230)

¹²⁴ Vgl. ebd., S. 238

¹²⁵ Zit. nach Christian Meier, in: Dieter Kassel, „Wir sind Erinnerungsweltmeister“. Christian Meier im Gespräch mit Dieter Kassel, in: *Deutschlandfunk Kultur*, 29.04.2015, nach https://www.deutschlandfunkkultur.de/vergangenheitsbewaeltigung-wir-sind-erinnerungsweltmeister.1008.de.html?dram:article_id=318468, (Zugriff am: (11.11.2019)

¹²⁶ Debatte zwischen dem renommierten deutschen Schriftsteller Martin Walser und dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Ignatz Bubis um die Instrumentalisierung der NS-Zeit und den „normierenden Charakter“ der Erinnerung an die deutsche Vergangenheit. (Zit. nach Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 297)

¹²⁷ Zit. nach Martin Walser, Dankesrede von Martin Walser zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche, 11.10.1998, nach <https://hdms.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/440/file/walserRede.pdf> (Zugriff am: 11.11.2019)

¹²⁸ Hendl, Den Krieg erzählen, S. 226

5 Redenanalyse

Der Bezug von Politikern auf die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands als Argumentationsgrundlage oder rhetorisches Mittel war während der Kosovo-Debatte sehr ausgeprägt. Im Zeitraum vom 24. März 1999 bis zum 11. Juni 1999, vom Beginn bis kurz nach dem Ende des Bombardements, stand der Kosovo-Konflikt in fünf Bundestagssitzungen zur Debatte. In drei dieser fünf Bundestagssitzungen fanden sich in mehr als 25% der Reden Argumente, die auf der Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg basierten, oder Vergleiche und Begriffe, welche sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands bezogen bzw. mit ihr assoziiert wurden. Der höchste Prozentanteil solcher Reden in einer Sitzung betrug 67%.¹²⁹ Der Kosovo und in diesem Zusammenhang auch der Zweite Weltkrieg wurden jedoch auch in Bundestagssitzungen thematisiert, bei denen der Kosovo nicht auf der Tagesordnung stand. Auch diese Reden wurden in die Analyse einbezogen. Die Untersuchung der verschiedenen Bundestagsreden ergab, dass sich die Argumente, die sich auf die NS-Vergangenheit Deutschlands bezogen, in zwei Argumentationsmuster einordnen lassen.

1. Vergleich der Situation der Kosovo-Albaner mit der Situation der Juden im Dritten Reich
2. Vergleich zwischen Hitler und Milosevic

Im Folgenden sollen beide Kategorien erläutert und mit Zitaten belegt werden.

5.1 Erstes Argumentationsmuster

Die Argumente dieses Argumentationsmusters stützen sich auf die Verantwortung, welche Deutschland aufgrund seiner Geschichte angesichts der «humanitären» Katastrophe im Kosovo habe. Das Muster basiert auf dem Vergleich der Situation der Kosovo-Albaner mit der Situation der Juden im Dritten Reich. Schlüsselbegriffe dieser Kategorie sind «Genozid», «Völkermord», «Deportationen» und «Konzentrationslager», insbesondere Auschwitz.

Schon der Bosnien-Krieg wurde zum Völkermord an bosnischen Muslimen deklariert und das Massaker von Srebrenica wurde vom Internationalen Gerichtshof in den Haag als Genozid bezeichnet.¹³⁰ Auch während der Kosovo-Debatte wurde dieser Begriff im Deutschen Bundestag verwendet. Allein am 15. April 1999 wurde in vier Reden von Völkermord gesprochen¹³¹ und Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) sprach auch am 22. April

¹²⁹ Siehe Anhang 1

¹³⁰ Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 124

¹³¹ Vgl. 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2623, 2625, 2634, 2644, 2647, 2623, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf>, (Zugriff am: 11.11.2019)

von „Massenmord«, «Vertreibung» und «Völkermord» im Kosovo.¹³² In der UN-Definition werden mit Genozid bzw. Völkermord alle Verbrechen bezeichnet, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten.¹³³ Sie beinhaltet jedoch keine Angaben bezüglich der Grössenordnung dieser Verbrechen, weshalb die Bezeichnung «Völkermord» auf zahlreiche Verbrechen weltweit angewendet werden kann. Die Problematik dieses Begriffs besteht darin, dass er in Deutschland mehrheitlich mit dem Holocaust assoziiert wird und seine Verwendung für die Verbrechen im Kosovo eine Gleichsetzung mit den Verbrechen des Holocaust suggerierte.¹³⁴

Darüber hinaus wurde in den Bundestagsreden nur die serbische Seite des Völkermords bezichtigt, obwohl die UN-Definition auch auf die Verbrechen der UÇK zutraf. Obgleich auf beiden Seiten Kriegsverbrechen begangen wurden und es auf jeder Seite viele Opfer gab, wurde ein Schwarz-Weiss-Bild von «bösen» Serben und «guten» Albanern vermittelt.¹³⁵ So machte Verteidigungsminister Rudolf Scharping am 26. März 1999 im Bundestag folgende Aussage:

«Sollten wir das alles – die großserbische Obsession, die gegen Slowenien, in der Krajina und in Bosnien-Herzegowina vorging, die immer wieder Menschen das Leben gekostet hat und unschuldige, nur nach Unabhängigkeit oder wenigstens Autonomie strebende Bevölkerungsgruppen mit Mord und mit Krieg überzogen hat – vergessen?»¹³⁶

Rudolf Scharping stellte Serbien als Aggressor dar, der unschuldige Bevölkerungsgruppen unterdrücken und mit «Mord und Krieg überziehen» würde. Dabei vernachlässigte er jedoch die Tatsache, dass die UÇK keine friedliche Befreiungsarmee, sondern eine Terrororganisation war.¹³⁷ Dieses vermittelte Bild der serbischen Aggressoren in Kombination mit dem Begriff des «Völkermords» suggerierte eine Gleichsetzung der Verbrechen, welche die Nazis im Zweiten Weltkrieg an den Juden verübt hatten und den Verbrechen, welche das serbische Militär an der albanischen Bevölkerung im Kosovo ausübte.

Die Analogie zwischen der serbischen Armee und den Nazis wurde ausserdem durch die Behauptung intensiviert, dass es im Kosovo Konzentrationslager gäbe. So sprach Bundeskanzler Gerhard Schröder am 28. März 1999 bei einer Pressekonferenz von einem Konzentrationslager im Norden von Pristina. Diese Behauptung stellte sich als Propagandalüge

¹³² Zit. nach Gerhard Schröder, in 35. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 22.04.1999, S. 2772, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14035.pdf>, (Zugriff am: 25.10.2019)

¹³³ Vgl. Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide. Adopted by the General Assembly of the United Nations, 09.12.1948, nach <https://treaties.un.org/doc/publication/unts/volume%2078/volume-78-i-1021-english.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹³⁴ Vgl. Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 124

¹³⁵ Vgl. Ganser, Illegale Kriege, S. 182

¹³⁶ Zit. nach Rudolf Scharping, in 31. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 26.03.1999, S. 2608, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14031.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹³⁷ Vgl. Mies, Krieg ohne Grenzen, S. 81-82

heraus.¹³⁸ Weder im Norden von Pristina, noch in anderen Regionen Jugoslawiens wurden Konzentrationslager betrieben. Die Gefangenenlager, die während der Jugoslawienkriege von allen Parteien errichtet wurden, waren keineswegs mit den Konzentrationslagern des NS-Regimes vergleichbar.¹³⁹ Trotzdem wurde vor allem der Vergleich mit Auschwitz von vielen Politikern als Propaganda für die Intervention instrumentalisiert. Am 13. Mai auf dem Parteitag der Grünen berief sich Aussenminister Joschka Fischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf Auschwitz. Die sogenannte Farbbeutelrede, die er damals zur Intervention im Kosovo vortrug, wurde durch seine Aussage: «[i]ch stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus!»¹⁴⁰ berühmt. Joschka Fischer begründete in dieser Rede seine Position für die Intervention, indem er behauptete, dass der Grundsatz «Nie wieder Auschwitz» mit Gewalt verteidigt werden müsse.¹⁴¹

Ein weiterer problematischer Begriff, der eine Analogie zwischen dem Kosovo-Konflikt und dem Zweiten Weltkrieg verursachte, war «Deportation». Wolfgang Gerhard (F.D.P.) sprach am 15. April 1999 von «systematisch organisierte[n] Deportation[en]» im Kosovo¹⁴² und Joschka Fischer äusserte sich folgendermassen:

«Hätten Sie es für möglich gehalten, daß eine Kriegsführung, wie die der Belgrader Regierung wieder möglich wird, mit Deportation – ich wiederhole: Deportation –, also mit zwangsweiser Zusammenführung nach dem Motto: rein in die Züge, raus aus dem Land?»¹⁴³

Tatsächlich wurden 1999 Kosovo-Albaner nach Mazedonien vertrieben. Sie fuhren in Zügen über die Grenze, allerdings nicht in Viehwagons und nicht nach Auschwitz oder in andere Konzentrationslager.¹⁴⁴ Somit ist die Bezeichnung der vertriebenen Kosovo-Albaner als «Deportierte» nicht gerechtfertigt.¹⁴⁵ Trotzdem wurde dieser Begriff verwendet, um die Bombardierung Serbiens zu legitimieren. So äusserte sich Gerhard Schröder am 15. April 1999 folgendermassen im Bundestag:

¹³⁸ Vgl. Ganser, *Illegale Kriege*, S. 181-182

¹³⁹ So gab es in den Gefangenenlagern weder Sklavenarbeit, noch die Ausrottung «minderwertiger» Menschen oder Rassen. (Vgl. Gritsch, *Krieg um Kosovo*, S. 19-20)

¹⁴⁰ Zit. nach Fischer, *Die rot-grünen Jahre*, S. 224-225

¹⁴¹ Vgl. Fischer, Lorenz (Hg.), *Lexikon der Vergangenheitsbewältigung*, S. 305

¹⁴² Zit. nach Dr. Wolfgang Gerhard, 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2632, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf> (Zugriff am: 11.11.2019)

¹⁴³ Zit. nach Joseph Fischer, 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2639, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf> (Zugriff am: 25.10.2019)

¹⁴⁴ Vgl. Kurt Gritsch, in: *Medienpropaganda und Lügen der Politik ebneten den Weg in die Jugoslawienkriege*, Vortrag am 17. Mai 2018 in Eggenfelden, Videosequenz: 00:44:50, nach <https://www.youtube.com/watch?v=N-5yxP1Wyao> (Zugriff am: 11.11.2019)

¹⁴⁵ Vgl. Gritsch, *Krieg um Kosovo*, S. 121

«Wir waren uns einig in unserer Entschlossenheit, das Morden und die Deportationen im Kosovo nicht hinzunehmen. Wir sind uns einig, daß der Einsatz schärfster Maßnahmen einschließlich militärischer Aktionen nach wie vor notwendig und gerechtfertigt ist.»¹⁴⁶

Die Verwendung eines Vokabulars wie «Deportation», «Völkermord» oder «Auschwitz», welches mit dem Zweiten Weltkrieg assoziiert wurde, führte dazu, dass die Ereignisse im Kosovo als eine Wiederholung der eigenen Geschichte interpretiert wurden.¹⁴⁷ So setzte Joschka Fischer am 15. April 1999 im Bundestag die Nazi-Verbrechen mit den Verbrechen der Serben faktisch gleich:

«Ich sage das als jemand, der sich weiß Gott [...] schwer damit getan hat, diese Pest der europäischen Vergangenheit, einen großserbischen Nationalismus wie den, den wir mit dem großdeutschen Nationalismus auch hatten, diese Form, die darauf setzt, daß das eigene Volk das wichtigste ist und deswegen andere Völker vertrieben, unterdrückt und massakriert werden dürfen, zu akzeptieren. Das hatten wir auch. Ich hatte wirklich Schwierigkeiten damit, zu akzeptieren, daß dies wieder da ist, daß dies eine rohe Form von Faschismus ist.»¹⁴⁸

Diese Aussage, welche die Singularität der Nazi-Verbrechen in Frage stellt und einer Holocaust-Relativierung gleichkommt, zwingt Deutschland zur Intervention, da es aufgrund seiner Vergangenheit verpflichtet ist, nationalistischen Verbrechen und Faschismus entschieden entgegenzutreten.¹⁴⁹ Aus der Analogie zwischen dem Kosovo-Krieg und dem Zweiten Weltkrieg resultierte ein Handlungszwang aus der Verantwortung heraus, die man als ehemaliger NS-Staat habe.

Von dieser Verantwortung sprach neben Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (CDU/CSU)¹⁵⁰ auch Bundesminister Rudolf Scharping. Am 25. März 1999 äusserte er sich folgendermassen im Deutschen Bundestag:

«Es ist eine Verpflichtung auf Grund der Erfahrungen aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, und es ist eine Verpflichtung auf Grund unserer eigenen Ideale, nicht zuzulassen, daß in Europa die Fratze der Kriege der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts und der Vergangenheit die Zukunft bestimmt.»¹⁵¹

¹⁴⁶ Zit. nach Gerhard Schröder, in 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2623, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁴⁷ Vgl. Wolfgang Gehrcke, 35. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 22.04.1999, S. 2781 nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14035.pdf> (Zugriff am: 25.10.2019), sowie Werner Schulz, 33. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 19.04.1999, S. 2683, 2685, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14033.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁴⁸ Zit. nach Joseph Fischer, in 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2638, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf>, (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁴⁹ Vgl. Tilman Fichter, In der neuen Heimat der Weltmoral? Deutschland, die Völkergemeinschaft und der bosnische Krieg. Die Gewalt entwapfen, in: *Die Welt*, 26.02.1994, zitiert in: Hartmann, Es war Vorsatz im Spiel, zitiert in: Gritsch, Krieg um Kosovo, S. 131

¹⁵⁰ Vgl. Dr. Edmund Stoiber, 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2642, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁵¹ Zit. nach Rudolf Scharping, in 30. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 25.03.1999, S. 2424, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14030.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

Dadurch, dass Scharping von einer «Verpflichtung» sprach, suggerierte auch er, dass Deutschland keine andere Wahl habe, als einzugreifen. Es gelte schliesslich, eine Wiederholung der Geschichte, hier «die Fratze der Vergangenheit», zu verhindern. Die Art der Mittel, mit denen ebendies verhindert werden sollte, wurden vor allem über das zweite Argumentationsmuster begründet.

5.2 Zweites Argumentationsmuster

Dieses Argumentationsmuster rechtfertigt das militärische Einschreiten als Mittel zur Konfliktlösung und suggeriert, dass dieses die einzig mögliche Lösung sei. Nur mit Bomben könne dem «machtgierige[n] Diktator Milosevic»¹⁵² Einhalt geboten werden. Dieses Argument stützt sich auf den Vergleich zwischen Milosevic, dem damaligen Präsidenten Serbiens, und Hitler. Bezeichnend für dieses Argument sind die Begriffe «aggressiver oder grossserbischer Nationalismus», und die Darstellung Milosevics als «Aggressor»,¹⁵³ wobei Parallelen zu Hitler gezogen werden. Weiterhin wird Milosevic beschuldigt, Friedensverhandlungen zu boykottieren und Abkommen zu brechen, so dass ihm die Alleinschuld am Konflikt zugewiesen werden kann.

So wurde Milosevic von Joschka Fischer im Bundestag schon 1998 nicht nur als eine Gefahr für die Kosovo-Albaner, sondern als eine Gefahr für ganz Europa deklariert:

«Das Problem ist doch nicht nur die humanitäre Katastrophe, so schlimm sie auch ist. Das Problem ist, daß von der Politik der Bundesrepublik Jugoslawien, von der Politik Milosevic' - ich sage nicht: von der des serbischen Volkes, sondern von der Milosevic' - eine dauerhafte Kriegsgefahr in Europa ausgeht. Diese Kriegsgefahr können wir nicht akzeptieren. Das ist der entscheidende Punkt.»¹⁵⁴

Dadurch, dass Milosevic als Initiator der Gewalt im Kosovo und die serbische Bevölkerung als Mitläufer dargestellt wurde, entstand das Bild eines Anführers, dem das serbische Volk blind und unwissend folgt. Auf diese Weise wurde eine Parallele zu Hitler gezogen. Denn auch Hitler wurde als «Verführer» des Deutschen Volkes und als Hauptschuldiger an den Verbrechen der NS-Zeit dargestellt.¹⁵⁵ Milosevic wurde so mit Hitler und die serbische

¹⁵² Zit. nach Dr. Peter Struck, in 43. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 11.06.1999, S. 2655, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14043.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁵³ Zit. nach Dr. Wolfgang Gerhardt, in 30. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 25.03.1999, S. 2427, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14030.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019), sowie zit. nach Dr. Wolfgang Schäuble, in 30. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 24.03.1999, S. 2425, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14030.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁵⁴ Zit. nach Joseph Fischer, in 248. Sitzung des 13. Deutschen Bundestages, 16.10.1998, S. 23142, nach <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13248.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁵⁵ So wurde in den 1990er Jahren die Folge «Hitler - der Verführer des Volkes» aus der Serie «Hitler - Eine Bilanz» ausgestrahlt (Vgl. o. A., «Hitler - eine Bilanz : der Privatmann ; der Verführer ; der Erpresser ; der Diktator ; der Kriegsherr ; der Verbrecher», in: *World Cat*, <https://www.worldcat.org/title/hitler-eine-bilanz-der-privatmann-der-verfuhrer-der-erpresser-der-diktator-der-kriegsherr-der-verbrecher/oclc/634055512> (Zugriff am: 29.10.2019))

Bevölkerung «mit dem hörigen Deutschen Volk»¹⁵⁶ unter ihrem Führer identifiziert. Joschka Fischer übertrug auf diese Weise das hitlerische Führerprinzip auf Milosevic. Karl Lamers schloss sich dieser Auffassung am 11. Juni 1999 an:

«Nur wenn das geschieht, werden sie ihre Augen oder – besser noch – ihre Herzen für die Verbrechen öffnen können, die von vielen ihrer Landsleute begangen worden sind. Nur wenn das geschieht, werden sie sich von ihrer Verstocktheit befreien und der Propaganda von Milosevic widerstehen können, [...], werden sie für die schreckliche Wahrheit frei werden können, daß wegen der verbrecherischen Politik von Milosevic Serbien alle vier Etappen des 1990 begonnenen Krieges verloren hat, zuletzt eben auch die Schlacht um den Kosovo.»¹⁵⁷

Auch hier wurde eine Parallele zwischen der serbischen Bevölkerung und dem deutschen Volk gezogen, welches in der NS-Zeit der faschistischen Propaganda Hitlers zum grossen Teil gefolgt war.

Der Vergleich mit Hitler trat in Bundestagsreden allerdings auch auf weniger subtile Weise auf. Peter Struck (SPD) stellte Milosevic und Hitler am 15. April 1999 im Bundestag auf eine Ebene:

«Am Ende dieses an Schrecken reichen Jahrhunderts versucht noch einmal ein wahnwitziger, machtbesessener Diktator, eine ganze Volksgruppe zu vertreiben oder auszulöschen und seinem rassistischen Ziel eines «ethnisch reinen» Serbiens näherzukommen.»¹⁵⁸

Milosevic sei demzufolge nach Hitler ein weiterer «wahnwitziger, machtbesessener Diktator», der dieselben Ziele verfolge. Peter Struck kreierte auf diese Weise das Bild eines zweiten Hitlers.

Mit Milosevic solle aufgrund der Erfahrungen mit Hitler jedoch anders gehandelt werden, forderte Wolfgang Gerhardt (FDP) am 30. März 1999 auf:

«Nach allen Erfahrungen in der Geschichte dieses Jahrhunderts kann es für freiheitliche Demokratien am Ende keine Alternative dazu geben, einem Aggressor auch mit Soldaten entgegenzutreten.»¹⁵⁹

Der Vergleich mit Hitler suggerierte, dass Milosevic auf dieselbe Weise bekämpft werden müsse, wodurch sich die militärische Intervention und das Bombardement rechtfertigen liessen. Auch Joschka Fischer verwendete diese Analogie. So behauptete er im Spiegel-Gespräch vom 19. April 1999, dass «Appeasement gegenüber Milosevic immer nur zu weiteren Massengräbern führen wird».¹⁶⁰ Dies ist ein eindeutiger Bezug auf die Appeasement-

¹⁵⁶ Zit. nach Hendel, Den Krieg erzählen, S. 220

¹⁵⁷ Zit. nach Karl Lamers, in 43. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 11.06.1999, S. 3566, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14043.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁵⁸ Zit. nach Peter Struck, in 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2627, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁵⁹ Zit. nach Dr. Wolfgang Gerhardt, in 30. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 25.03.1999, S. 2427, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14030.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁶⁰ Zit. nach Joseph Fischer, in: Jürgen Hogrefe, Stefan Aust, Paul Lersch, «Spiegel-Gespräch. «Milosevic wird der Verlierer sein. Außenminister Joschka Fischer über den Stand im Krieg gegen Jugoslawien, über die Kriegsziele der Nato und seine fehlgeschlagene Friedensinitiative», in: *Der*

Politik der 30er Jahre. Diese hatte es Hitler ermöglicht, seine Kriegsmaschinerie auszubauen und den Zweiten Weltkrieg zu beginnen. Joschka Fischer behauptete somit, dass von Milosevic dieselbe Gefahr wie von Hitler ausginge und schlussfolgerte, dass man dieses Mal sofort reagieren müsste.

Auch während der Bundestagsdebatten lässt sich die Verwendung dieses Arguments beobachten. Als Gregor Gysi am 15. April 1999 für eine Beendigung des Bombardements plädierte, und davon sprach, dass Krieg in der Geschichte noch nie zum Frieden oder zur Verwirklichung von Menschenrechten geführt habe, ist an dieser Stelle ein Zwischenruf von Gernot Erler (SPD) dokumentiert: «Im Zweiten Weltkrieg auch nicht?» Gernot Erler verglich den Kosovo-Konflikt mit dem Zweiten Weltkrieg, um die Bomben zu rechtfertigen, die auf Belgrad fielen. Den Kosovo-Krieg mit dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen, ist jedoch aus vielen Gründen ungerechtfertigt. So war der Kosovo-Konflikt ein Bürgerkrieg und kein Krieg zwischen zwei souveränen Staaten. Doch durch den Vergleich zwischen Milosevic und Hitler wurde die Illusion einer Kongruenz dieser Ereignisse erzeugt. Daraus folgte die Konsequenz, dass, wenn Hitler im Zweiten Weltkrieg nur mittels Bomben gestoppt werden konnte, die Bombardierung Serbiens ebenfalls unausweichlich sei.

Ausserdem wurde immer wieder betont, dass alle diplomatischen Lösungsansätze und Verhandlungen an Milosevic selbst gescheitert wären und er das Bombardement somit provoziert habe. Dies betonte auch Gerhard Schröder am 22. April 1999 im Bundestag:

«Die Völkergemeinschaft hat [...] nichts unversucht gelassen, die Krise im Kosovo mit diplomatischen Mitteln beizulegen. Alle Bemühungen um eine friedliche Lösung sind jedoch an der unnachgiebigen Härte und dem verbrecherischen Willen der Belgrader Führung gescheitert. Deshalb mußte gehandelt werden, und deshalb muß weiter gehandelt werden.»¹⁶¹

Diese Darstellung ist allerdings nicht richtig und wurde schon am 15. April 1999 Bundestag vor allem von Gregor Gysi scharf kritisiert:

«Sie sagen immer, alles sei ausgeschöpft worden, Sie hätten alles mit Ihrem Gewissen in Einklang bringen können. Sie sagen, es habe keine weiteren Möglichkeiten gegeben, es habe bombardiert werden müssen. [...] Angesichts des militärischen Teils des Rambouillet-Abkommens, in dem steht, daß die NATO die gesamte Hoheit über Jugoslawien erhält, und zwar zu Lande, zu Luft und im Wasser, kann man doch nicht von Ausschöpfen sprechen. Auch eine demokratisch gesinnere Führung in Jugoslawien hätte so etwas niemals unterschreiben können.»¹⁶²

Spiegel, 16/1999, nach <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-12137988.html> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁶¹ Zit. nach Gerhard Schröder, in 35. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 22.04.1999, S. 2763, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14035.pdf>, (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁶² Zit. nach Dr. Gregor Gysi, 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2637, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf>, (Zugriff am: 12.11.2019)

Tatsächlich wurden die Verhandlungen in Rambouillet unter inakzeptablen Bedingungen für Serbien durchgeführt. Schon vor Rambouillet war der serbischen Seite bewusst, dass ein Scheitern der Verhandlungen zum Bombardement führen würde, während der albanischen Seite keine vergleichbaren Sanktionen drohten.¹⁶³ Ein weiterer Hinweis darauf, dass es bei Rambouillet gar nicht um eine friedliche Lösung des Konflikts ging, ist der bereits erwähnte Annex B.¹⁶⁴ Die Verhandlungen scheiterten, da die jugoslawische Seite ihre Unterschrift mit Verweis auf den Annex verweigerte.¹⁶⁵ Laut dem britischen Außenminister Lord Gilbert, diente der Annex B in erster Linie dazu, Serbien zur Ablehnung zu provozieren.¹⁶⁶ Auch Angelika Beer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) behauptete, dass der Annex unakzeptabel und es völlig klar gewesen sei, dass Milosevic so etwas nicht unterschreiben würde.¹⁶⁷

Trotzdem wurde Milosevic für das Scheitern der Verhandlungen und das darauffolgende Bombardement verantwortlich gemacht. So betonte Rudolf Scharping am 25. März 1999, dass die Intervention nur eine notwendige Reaktion auf die Politik Milosevics sei:

«Ich appelliere an die Regierung in Belgrad, im Kosovo die Waffen sofort schweigen zu lassen, damit auch wir die Möglichkeit haben, die Waffen schweigen zu lassen, [...] und auf andere, nämlich friedliche Weise den Menschen im Kosovo zu helfen. Der Schlüssel zur Beendigung aller militärischen Maßnahmen liegt in Belgrad, nirgendwo sonst.»¹⁶⁸

Rudolf Scharping erklärte, dass es keine andere Möglichkeit gebe, als zu den Waffen zu greifen und dass die Verantwortung für diese «militärischen Massnahmen» nur bei Milosevic liege. Ausserdem unterstrich er das Interesse der deutschen Regierung an einer friedlichen Lösung. In Anbetracht der Verhandlungen von Rambouillet und der eskalationsfördernden Balkan-Politik Deutschlands seit Beginn der Jugoslawienkriege, konnte von keinem solchen Interesse gesprochen werden. Die eigene Verantwortung für die Gewalt im Kosovo oder für die Luftangriffe wurde auf Milosevic abgeschoben, den neuen Hitler und somit die Ursache alles Bösen. So behauptete Christian Schmidt (CDU/CSU) am 15. April 1999: «Man braucht hier kein schlechtes Gewissen zu haben. Das schlechte Gewissen liegt bei Herrn Milosevic. Die Schuld für die Toten liegt auch bei Herrn Milosevic.»¹⁶⁹

¹⁶³ Vgl. Gritsch, *Krieg um Kosovo*, S. 100

¹⁶⁴ Vgl. ebd., S. 103-104

¹⁶⁵ Vgl. Hendel, *Den Krieg erzählen*, S. 196

¹⁶⁶ nach Lord Gilbert, vgl. Gritsch, *Krieg um Kosovo*, S. 104

¹⁶⁷ Vgl. Angelika Beer, o. A., zitiert in: Andreas Zumach, *Rambouillet oder die allerletzte Chance*, in: *Netzwerk Friedenskooperative*, 3/1999, nach <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/rambouillet-oder-die-allerletzte-chance> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁶⁸ Zit. nach Rudolf Scharping, in 30. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 25.03.1999, S. 2424-2425, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14030.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁶⁹ Zit. nach Christian Schmidt, 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2654, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf>, (Zugriff am: 12.11.2019)

Auf diese Weise befreite sich Deutschland von seiner Verantwortung; sowohl für die Opfer des Bombardements als auch für die Opfer des Bürgerkriegs im Kosovo.

5.3 Wirkung und Rezeption

Beide Argumentationsmuster bauen auf dem Vergleich mit dem Dritten Reich auf und dienen der moralischen Rechtfertigung der Intervention. Dabei geht es um die Inszenierung eines «gerechten» Krieges. Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Prinzip «Nie wieder Krieg» als Lehre aus der eigenen Geschichte und moralischer Grundsatz in der deutschen Nachkriegspolitik verankert. In der Bevölkerung herrschte die Grundüberzeugung, dass Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit kein Recht mehr besäße, Kriege zu führen.¹⁷⁰ Der einzige gerechte Krieg, den es diesem moralischen Massstab zufolge gab, war der gegen das Dritte Reich, gegen Hitler, gegen den Faschismus. Ein solcher Krieg wurde durch Vergleiche mit dem Zweiten Weltkrieg aus dem Kosovo-Krieg inszeniert, um ihn mit der deutschen Moral vereinbaren zu können. So wurde der Krieg gegen Milosevic durch seine Verwandlung in einen Krieg gegen Hitler moralisch legitimiert.¹⁷¹

Dabei wurde der moralische Imperativ «Nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus» gegen den moralischen Imperativ «Nie wieder Krieg» ausgespielt, welche beide als Folge der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands entstanden waren. So behauptete Rezzo Schlauch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) am 15. April 1999 im Bundestag:

«Wir haben die Forderung „Nie wieder Krieg“ immer vertreten und damit natürlich auch gemeint: Nie wieder Völkermord. Milosevic zerreißt mit seinem verbrecherischen Handeln die Identität dieser beiden Forderungen. Wir müssen erkennen, daß sich die Durchsetzung der Forderung „Nie wieder Völkermord“ in diesem Fall leider nur mit militärischen Mitteln erreichen läßt.»¹⁷²

Rezzo Schlauch zufolge müsse also zugunsten des einen Grundsatzes der andere vernachlässigt werden: «Um ein zweites Auschwitz zu verhindern, müssen wir wieder Krieg führen.»

Diese Verknüpfung beider Grundsätze und vor allem deren Anwendung in Bezug auf den Kosovo wurde insbesondere vom Auschwitz-Komitee scharf kritisiert. In einem Brief an Scharping und Fischer verurteilten Holocaust-berlebende die usserungen der Bundesregierung und die Parallelen, die zwischen Auschwitz und dem Kosovo gezogen wurden:

«Damit wird ein weiteres Mal der Versuch unternommen, Auschwitz zu relativieren und Deutschland von seiner Verantwortung für das in der bisherigen Menschheitsgeschichte

¹⁷⁰ Vgl. Hendel, Den Krieg erzählen, S. 219

¹⁷¹ Vgl. ebd., S. 220

¹⁷² Zit. nach Rezzo Schlauch, 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2634, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf>, (Zugriff am: 12.11.2019)

singuläre Verbrechen, die Shoah, zu befreien. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit ihrem Bestehen nicht gewillt, alle Verfolgten des Naziregimes, insbesondere alle ZwangsarbeiterInnen und Zwangsarbeiter, zu entschädigen. Sie benutzt aber Auschwitz zur Legitimation ihrer Teilnahme an einem völkerrechtswidrigen Krieg. Das Postulat «Nie wieder Auschwitz» darf nicht gegen die Forderung „Nie wieder Krieg» ausgespielt werden.»¹⁷³

Das Auschwitz-Komitee warf Scharping und Fischer vor, durch die Relativierung von Auschwitz eine Befreiung von der Verantwortung für den Holocaust erreichen zu wollen. Insofern könnte die Verwandlung des Kosovo-Kriegs in einen Krieg gegen Hitler als ein Versuch deutscher Vergangenheitsbewältigung gedeutet werden.

Im deutschen Bundestag wurde der Vergleich zwischen Kosovo und Auschwitz ebenfalls als Relativierung der deutschen Verbrechen kritisiert. Gregor Gysi sprach am 15. April 1999 von «Vokabeln», welche beweisen sollten, dass deutsche Verbrechen nicht einmalig seien:

«Ich warne auch vor der Verwendung falscher Begriffe. Die Verwendung der Begriffe „Auschwitz“ und „Hitler“ ist falsch. [...] Man bagatellisiert damit deutsche Geschichte, nur um einen eigenen Rechtfertigungsgrund zu haben. Vertreibungen sind doch schlimm genug. Auch Morden und Töten sind schlimm genug. Warum muß man denn noch andere Vokabeln benutzen, nur um zu beweisen: Deutsche Verbrechen sind nicht einmalig? Sie kommen auch bei anderen vor.»¹⁷⁴

Indem der Kosovo als eine Wiederholung der Geschichte interpretiert wird, verliert der Holocaust seine Singularität. Dies erlaubt es Deutschland, Anklage gegen Serbien zu erheben. Gleichzeitig ermöglicht der Kampf gegen einen zweiten Hitler Deutschland, sich von seiner eigenen Schuld zu befreien:

«Der Vergleich zwischen dem Kosovo und Auschwitz relativiert die Einmaligkeit dieses Menschheitsverbrechens, mehr noch: Der Vergleich nährt die Vorstellung, die Geschichte wiederhole sich; nur diesmal steht Deutschland auf der richtigen Seite, und die anderen sind die Hitlers. So verwandelt sich der jetzige Krieg gegen Jugoslawien unter der Hand zur Sühne für Auschwitz. Dieser Krieg wird zur deutschen Wiedergutmachung für den industriellen Massenmord am europäischen Judentum, an Sinti, Roma und Slawen. Mit diesem Krieg würde endlich der Begriff „Deutschland denken heißt Auschwitz denken“ aufgelöst, und danach stünde Deutschland sauber da. Diese Umbewertung der deutschen Geschichte wäre in der Tat eine geistig moralische Wende, viel tiefer als die, die Altkanzler Kohl angestrebt und vorangebracht hat.»¹⁷⁵

¹⁷³ Vgl. o. A., «Für die sofortige Beendigung der Nato-Militäraktionen gegen eine neue Auschwitz-Lüge. Erklärung des Auschwitz-Komitees», Sommer 1999, S. 13, nach https://nrw-archiv.vvn-bda.de/bilder/doku_neue_auschwitz-luege.pdf (Zugriff am: 12.11.2019)

¹⁷⁴ Zit. nach Dr. Gregor Gysi, 32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, S. 2637, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf>, (Zugriff am: 25.10.2019)

¹⁷⁵ Zit. nach Wolfgang Gehrcke, in 35. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 22.04.1999, S. 2781, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14035.pdf>, (Zugriff am: 25.10.2019)

Damit behauptete Wolfgang Gehrcke (PDS) am 22. April im Bundestag, dass Deutschland einen Schlussstrich ziehen und sich von den Verbrechen der Vergangenheit lösen wolle. Dabei bezog er sich auf die «geistig moralische Wende», ein Begriff, der von Kritikern des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl für seine Vergangenheits- und Aussenpolitik verwendet wurde. Kritiker warfen Kohl den Versuch einer «Normalisierung» der BRD vor. Diese sollte sich auf einem positiven Geschichtsbild gründen, welches die Zeit des Nationalsozialismus zwangsläufig überlagern und relativieren würde. Wolfgang Gehrcke unterstellte der Regierung mit diesem Begriff, in Deutschland ein neues, positives Geschichtsbild etablieren zu wollen. Durch die Intervention sollte die deutsche Schuld beglichen werden, der Kampf gegen den neuen Hitler sollte das Gewissen endgültig vom «eigenen Hitler» befreien. Möglicherweise war der Kosovo-Krieg die Erfüllung der Forderung, die Franz Joseph Strauss (CDU/CSU) 1986 postuliert hatte: «Es ist höchste Zeit, dass wir aus dem Schatten des Dritten Reiches und aus dem Dunstkreis Adolf Hitlers heraustreten und wieder eine normale Nation werden.»¹⁷⁶

¹⁷⁶ Vgl. Fischer, Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 241

6 Fazit

Der Kosovo-Konflikt war ein Bürgerkrieg zwischen der extremistischen kosovo-albanischen Organisation UÇK, welche eine Autonomie des Kosovo anstrebte, auf der einen Seite und der Regierung Serbiens, die eine Sezession des Kosovo nicht akzeptieren wollte, auf der anderen Seite. Das westliche Staatenbündnis erachtete sich für die Konflikt-Lösung als verantwortlich, wie es dies auch in den vorangegangenen Jugoslawienkriegen getan hatte. Am 24 März 1999 bombardierte die NATO Serbien. Das Bombardement führte nicht zu der versprochenen Eindämmung, sondern zu einer Verschärfung des Konflikts. Mit der Intervention verfolgte der Westen, vor allem die NATO, hauptsächlich eigene geostrategische Ziele.

Auch Deutschland hatte sowohl wirtschaftliches als auch politisches Interesse an einer NATO-Intervention mit deutscher Beteiligung, weshalb die BRD die UÇK mit Waffen unterstützte und somit zu einer Verschärfung des Konflikts beitrug. Neben ökonomischen Absichten strebte Deutschland den Umbau der Bundeswehr zu einer international einsetzbaren Interventionsarmee an. Dabei galt es, die Bevölkerung schrittweise an Auslandseinsätze der Bundeswehr zu gewöhnen. Diesem Ziel stand jedoch das Prinzip «Nie wieder Krieg!» im Weg, das nach dem Zweiten Weltkrieg als moralischer Grundsatz in der deutschen Politik verankert war. Begründet wurde der Einsatz mit der Verantwortung gegenüber Bündnispartnern und der im Kosovo herrschenden «humanitären Katastrophe». Des Weiteren bezogen sich viele Argumente auf die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands. Dies hing grösstenteils mit der einseitigen Interpretation des Jugoslawienkonflikts zusammen. Über Medien und PR-Kampagnen wurde ein undifferenziertes Schwarz-Weiss-Bild «unschuldiger» Albaner und «böser» Serben vermittelt, wobei die Serben mit den Nazis gleichgesetzt wurden. Da der Holocaust im Deutschland der 90er Jahre immer noch ein aktuelles Thema war und sich somit zur Instrumentalisierung für politische Zwecke eignete, fiel dieser Vergleich auf fruchtbaren Boden und wurde auch im deutschen Bundestag verwendet. Die Analyse der Bundestagsreden ergab, dass sich die Argumente, die sich auf das Dritte Reich bezogen, in zwei Kategorien einteilen lassen.

Das erste Argumentationsmuster berief sich auf die Verantwortung, die Deutschland im Kosovo aufgrund seiner Vergangenheit übernehmen müsse. Es stützte sich auf den Vergleich zwischen der Situation der Albaner im Kosovo und der Juden im Dritten Reich. Charakteristisch dafür waren Begriffe wie «Völkermord», «Konzentrationslager» und «Deportationen». Die Verwendung dieser Begriffe zur Beschreibung der Umstände im Kosovo war jedoch unangebracht und nicht gerechtfertigt. Letztendlich führte sie dazu, den Deutschen die Verantwortung einzureden, im Kosovo eingreifen zu müssen, da Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit verpflichtet ist, faschistischen Verbrechen entgegenzutreten.

Argumente aus der zweiten Kategorie dienten einer Abwälzung der Schuld für die Eskalation im Kosovo auf den damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic. Auf diese Weise sollte das Bombardement als einziges wirksames Mittel und verdiente Strafe dargestellt werden. Dieses Argumentationsmuster stützte sich auf den Vergleich zwischen Milosevic und Hitler, wobei Parallelen zur Appeasement-Politik oder zum Führerprinzip gezogen wurden. Auch diese Beschuldigungen und die Darstellung von Milosevic als Alleinverantwortlichen waren ungerechtfertigt.

Ziel dieser Vergleiche und Begriffe war die Inszenierung eines gerechten, legalen Krieges. «Diese Wiederbelebung des Hitler-Gespenskes richtet sich vor allen gegen die bisher kriegsunwilligen Deutschen und die dortige Friedensbewegung», so Maria Mies, deutsche Soziologin.¹⁷⁷ Der einzige Krieg, gegen den der deutsche Pazifismus machtlos war, war der Krieg gegen den Faschismus. Daher musste der erste Krieg, an dem Deutschland nach mehr als 50 Jahren wieder direkt beteiligt war, ein Krieg gegen einen Hitler sein.

Der Kosovo-Krieg konnte auch als eine Art Sühnezeichen interpretiert werden, welches die Schuld Deutschlands am Holocaust tilgen sollte. Ob die Vergleiche zwischen dem Kosovo und dem Dritten Reich tatsächlich darauf abzielten, den Holocaust zu relativieren, um den Weg für eine neue Politik zu öffnen, lässt sich aus der Analyse der Bundestagsreden jedoch nicht abschliessend verifizieren. Zwar wurde der Regierung eine solche Auschwitz-Relativierung vorgeworfen, doch um etwaige Absichten der Regierung zu beweisen, wären weitere Untersuchungen notwendig.

Unabhängig davon stellt der Kosovo-Krieg eine Zäsur in der deutschen Geschichte dar. Nicht nur, weil er der erste Krieg war, an dem sich Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aktiv beteiligte, sondern auch, weil er unter einer rot-grünen Regierung geführt wurde. Sowohl die Grünen als auch die SPD warfen mit diesem Angriffskrieg ohne UN-Mandat alle ihre friedenspolitischen Grundsätze über Bord. Gerade diese Parteien mussten sich auf moralische Argumente stützen, um ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren. Diese Arbeit liess bei der Analyse der Reden zwischenparteiliche Unterschiede ausser Acht. Weiterführende Studien sollten unter einer Berücksichtigung dieses Aspekts durchgeführt werden, um eventuelle Unterschiede in der Argumentation der verschiedenen Parteien nachzuweisen.

Der Kosovo-Krieg, der erste Krieg mit aktiver deutscher Beteiligung, war der Beginn von weiteren Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die Propaganda während des Kosovo-Konflikts sollte auch weiterhin analysiert werden, um das Bewusstsein für aktuelle Kriegspropaganda zu erweitern. Krieg darf niemals als notwendiges Mittel zur Konfliktlösung dargestellt werden, wie es im Kosovo-Krieg getan wurde und wie es heute noch getan wird.

¹⁷⁷ Zit. nach Mies, Krieg ohne Grenzen, S. 78

7 Quellen und Literaturverzeichnis

7.1 Primärquellen

Bundestagsprotokolle

248. Sitzung des 13. Deutschen Bundestages, 16.10.1999, nach <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13248.pdf>, (Zugriff am: 11.11.2019)
30. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 25.03.1999, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14030.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)
31. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 26.03.1999, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14031.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)
32. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 15.04.1999, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14032.pdf> (Zugriff am: 11.11.2019)
33. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 19.04.1999, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14033.pdf> (Zugriff am: 11.11.2019)
35. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 22.04.1999, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14035.pdf>, (Zugriff am: 25.10.2019)
43. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages, 11.06.1999, nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14043.pdf> (Zugriff am: 11.11.2019)

Zeitungsartikel

- Claus Christian Malzahn, «Mord, Deportation, Vertreibung. Der stellvertretende Chefankläger des Uno-Kriegsverbrechertribunals, Graham Blewitt, über die Anklage gegen Slobodan Milosevic und andere», in: *Der Spiegel*, 22/1999, nach <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13470584.html> (Zugriff am: 11.11.2019)
- Jürgen Hogrefe, Stefan Aust, Paul Lersch, «Spiegel-Gespräch. «Milosevic wird der Verlierer sein. Außenminister Joschka Fischer über den Stand im Krieg gegen Jugoslawien, über die Kriegsziele der Nato und seine fehlgeschlagene Friedensinitiative», in: *Der Spiegel*, 16/1999, nach <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-12137988.html> (Zugriff am: 12.11.2019)
- Rudolf Augstein, «Unheil Hitler», in: *Der Spiegel*, 23/1999, nach <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13666734.html> (Zugriff am: 11.11.2019)
- Velten Schäfer, «„Die Serben“ und die Abgründe deutscher Geschichtspolitik. Milosevic ist nicht Hitler», in: *taz*, 06.05.1999, nach <https://taz.de/!1290171/> (Zugriff am: 11.11.2019)

Internetquellen

- Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide. Adopted by the General Assembly of the United Nations, 09.12.1948, nach <https://treaties.un.org/doc/publication/unts/volume%2078/volume-78-i-1021-english.pdf> (Zugriff am: 12.11.2019)
- Dieter Kassel, „Wir sind Erinnerungsweltmeister“. Christian Meier im Gespräch mit Dieter Kassel, in: *Deutschlandfunk Kultur*, 29.04.2015, nach

https://www.deutschlandfunkkultur.de/vergangenheitsbewaeltigung-wir-sind-erinnerungsweltmeister.1008.de.html?dram:article_id=318468, (Zugriff am: (11.11.2019)

Martin Walser, Dankesrede von Martin Walser zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche, 11.10.1998, nach <https://hdms.bsz-bw.de/front-door/deliver/index/docId/440/file/walserRede.pdf> (Zugriff am: 11.11.2019)

Wahlprogramm der SPD 1998, 17.04.1998, S. 76, nach <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/a98-04467.pdf> (Zugriff am: 11.11.2019)

o. A., «Für die sofortige Beendigung der Nato-Militäraktionen gegen eine neue Auschwitz-Lüge. Erklärung des Auschwitz-Komitees», Sommer 1999, S. 13, nach https://nrw-archiv.vvn-bda.de/bilder/doku_neue_auschwitz-luege.pdf (Zugriff am: 12.11.2019)

Videomaterial

Es begann mit einer Lüge, Dokumentarfilm, Filmsequenz: 00:06:51, <https://www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRIXMNU&t=679s&pbjreload=10> (Zugriff am: 12.11.2019)

KenFM-Spotlight: Jochen Scholz über Clintons Wahlkampf helfer bei der SPD und den Kosovo-Krieg, in: *KenFm*, 25.10.2016 nach <https://www.youtube.com/watch?v=M46W50XHvhY> (Zugriff am: 11.11.2019)

Kurt Gritsch, in: Medienpropaganda und Lügen der Politik ebneten den Weg in die Jugoslawienkriege, Vortrag am 17. Mai 2018 in Eggenfelden, Videosequenz: 00:44:50, nach <https://www.youtube.com/watch?v=N-5yxP1Wyao> (Zugriff am: 11.11.2019)

Reportage: NATO-Bombardierung 1999 – Die „humanitäre Intervention“ in Jugoslawien, *Der fehlende Part*, 24.03.2019, Filmsequenz: 00:21:42, nach <https://www.youtube.com/watch?v=9FxvINbPLVs> (Zugriff am: 11.11.2019)

7.2 Sekundärquellen

Literatur

- Daniele Ganser, *Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien*, Zürich 2017⁵
- Joschka Fischer, *Die rot-grünen Jahre*, Köln 2007
- Kurt Gritsch, *Krieg um Kosovo. Geschichte, Hintergründe, Folgen*, Innsbruck 2016
- Maria Mies, *Krieg ohne Grenzen. Die neue Kolonialisierung der Welt*, Köln 2005²
- Mira Beham, *Kriegstrommeln*, München 1996
- Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik, die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1997²
- Steffen Hendel, *Den Krieg erzählen. Positionen und Poetiken der Darstellung des Jugoslawienkrieges in der deutschen Literatur*, Osnabrück 2018
- Torben Fischer, Mattias N. Lorenz (Hg.), *Lexikon der Vergangenheitsbewältigung. Debatten und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*, 2007 Bielefeld

Internetquellen

- Albrecht Müller, «NATO-Bomben auf Belgrad. Wer vor 20 Jahren wissen wollte, konnte wissen, was gespielt wird.», in: *NachDenkSeiten. Die kritische Website*, 13.03.2019, nach <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50118> (Zugriff am: 11.11.2019)
- Andreas Grau, «Friedensbewegung», in: *Lebendiges Museum Online*, o. A., nach <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-krisenmanagement/bundesrepublik-im-umbruch/friedensbewegung.html>, (Zugriff am: 11.11.2019)
- Andreas Zumach, *Rambouillet oder die allerletzte Chance*, in: *Netzwerk Friedenskooperative*, 3/1999, nach <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/rambouillet-oder-die-allerletzte-chance> (Zugriff am: 12.11.2019)
- Edgar Wolfrum, «Geschichte der Erinnerungskultur in der DDR und BRD», in: *Bundeszentrale für deutsche Bildung*, 26.08.2008, nach <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39814/geschichte-der-erinnerungskultur?p=all>, (Zugriff am: 15.10.2019)
- Ingo Neumayer, «Geschichte der Bundeswehr. Die Zeit von 1990 bis 2013», in: *planet-wissen*, 18.10.2018, nach https://www.planet-wissen.de/geschichte/deutsche_geschichte/die_geschichte_der_bundeswehr/geschichte-der-bundeswehr-2013-102.html (Zugriff am: 06.11.2019)
- Klaus Hartmann, «20 Jahre seit NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien: Medienlügen (3) – Die vierte Waffengattung», in: *RT Deutsch*, 18.05.2019, nach <https://deutsch.rt.com/meinung/88238-20-jahre-seit-nato-angriffskrieg/> (Zugriff am: 11.11.2019)

- Tobias Riegel, «Kosovo 1999: Der Krieg wurde durch Propaganda möglich gemacht», in: NachDenkSeiten. Die kritische Website, 14.03.2019, nach <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50139> (Zugriff am: 11.11.2019)
- Tobias Riegel, Kosovo 1999: «Der Krieg wurde durch Propaganda möglich gemacht», in: NachDenkSeiten. Die kritische Website, 14.03.2019, nach <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50139> (Zugriff am: 11.11.2019)
- Ulrich Rippert, «Deutsche Interessen im Krieg gegen Jugoslawien», 18.06.1999, in: World Socialist Web Site, nach <https://www.wsws.org/de/articles/1999/06/intr-j18.html> (Zugriff am: 11.11.2019)
- Ulrich Teusch, «Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit», in: *Rubikon*, 01.02.2018, nach <https://www.rubikon.news/artikel/das-erste-opfer-eines-krieges-ist-die-wahrheit> (Zugriff am: 13.11.2019)
- Zündorf, Irmgard/Eimermacher, Stefanie, «Helmut Schmidt 1918 – 2015», in: Lebendiges Museum Online, o. A., nach <https://www.hdg.de/lemo/biografie/helmut-schmidt.html>, (Zugriff am: 12.11.2019)
- o. A., «Camp Bondsteel», in: Army Technology, o. A., nach <https://www.army-technology.com/projects/campbondsteel/> (Zugriff am: 11.11.2019)
- o. A., «Hitler - eine Bilanz : der Privatmann ; der Verführer ; der Erpresser ; der Diktator ; der Kriegsherr ; der Verbrecher», in: World Cat, <https://www.worldcat.org/title/hitler-eine-bilanz-der-privatmann-der-verfuhrer-der-erpresser-der-diktator-der-kriegsherr-der-verbrecher/oclc/634055512> (Zugriff am: 29.10.2019)
- o.A., «Stichwort: Kosovo-Kontaktgruppe», in: MZ, 18.11.2007, nach <https://www.mz-web.de/nachrichten/stichwort--kosovo-kontaktgruppe-8627186> (Zugriff am: 10.11.2019)

Anhang 1

Tabelle 1 zeigt die Auswertung der Bundestagssitzungen, in denen der Kosovo an der Tagesordnung war. Reden, deren Argumentation sich auf das Dritte Reich beziehen, sind orange markiert.

	Datum	Tagesordnung	Partei	Redner	Anteil der Reden, die ihre Argumentation auf das Dritte Reich beziehen
30. Sitzung (14. Deutscher Bundestag)	25.03.1999	Debatte über die Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Einsatz in Jugoslawien	SPD	Rudolf Scharping	30%
				Peter Zymkley	
			BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Wolfgang Gerhard	
			F.D.P.	Angelika Beer	
			CDU/CSU	Gregor Gysi	
			PDS	Wolfgang Schäuble	
31. Sitzung (14. Deutscher Bundestag)	26.03.1999	Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Lage im Kosovo nach dem Eingreifen der NATO und zu den Ergebnissen der Sondertagung des Europäischen Rates in Berlin	SPD	Gerhard Schröder	
				Peter Struck	
				Norbert Wieczorek	
				Gerald Thalheim	
				Günter Verheugen	
				Rudolf Scharping	
				Gernot Erler	
			BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Joseph Fischer	
				Rezzo Schlauch	
				Helmut Lippelt	
				Hans-Christian Ströbele	
				Hans-Christian Ströbele	
			F.D.P.	Wolfgang Gerhardt	

				Helmut Haussmann	
			CDU/CSU	Wolfgang Schäuble	
				Edmund Stoiber	
				Peter Hintze	
				Gerd Müller	
				Paul Breuer	
32. Sitzung (14. Deutscher Bundestag)	15.04.1999	Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur Aktuellen Lage im Kosovo	SPD	Gerhard Schröder	66.67%
				Peter Struck	
				Rudolf Scharping	
				Gernot Eler	
				Eberhard Brecht	
				Otto Schily	
			BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Rezzo Schlauch	
				Joseph Fischer	
				Annelie Buntenbach	
			CDU/CSU	Wolfgang Schäuble	
				Edmund Stoiber	
				Karl Lamers	
				Christian Schmidt	
				Hans-Peter Replik	
			F.D.P.	Wolfgang Gerhardt	
			PDS	Gregor Gysi	
				Heidi Lippmann	
				Gregor Gysi	
40. Sitzung (14. Deutscher Bundestag)	07.05.1999	Deutsche Beteiligung and der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt	SPD	Rudolf Scharping	
				Rudolf Bindig	
				Volker Kröning	
				Eberhard Brecht	
				Reinhold Robbe	

			BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Joseph Fischer Winfried Nachtwei	
			CDU/CSU	Karl Lamers Christian Schmidt Paul Breuer	
			F.D.P.	Ulrich Irmer	
			PDS	Gregor Gysi	
43. Sitzung (14. Deutscher Bundestag)	11.06.1999	Deutsche Beteiligung an einer internationa- len Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Ge- währleistung eines si- cheren Umfeldes für die Flüchtlingsrück- kehr und zur militäri- schen Absicherung ei- ner Friedensregelung für das Kosovo	SPD	Peter Struck Christoph Zöpel Rudolf Scharping	25%
			BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Joseph Fischer Angelika Beer Hans-Christian Ströbele	
			CDU/CSU	Karl Lamers Paul Breuer Christian Schmidt	
			F.D.P.	Günther Friedrich Nol- ting Helmut Haussmann	
			PDS	Gregor Gysi	

Anhang 2

Arbeitstagebuch

Datum	Vorhaben	Umsetzung	Fortschritt	Probleme	Lösung
15.07.- 06.08.	Informieren über den historischen Hintergrund und sammeln von Daten	Durcharbeiten von Literatur: - Daniele Ganser: Illegale Kriege - Joschka Fischer, die rot-grünen Jahre - Mira Beham: Kriegstrommeln	Habe einen historischen Überblick erstellt, also eine Datentabelle, in die ich die gefundenen Reden einordnen kann. Leider habe ich sehr wenige Daten zu Bosnien.	Es gab einen Widerspruch zwischen Fischer und Ganser über den Beginn des Kosovo-Krieges. Ganser zufolge beginnt dieser mit den NATO-Bomben (24.03.99), Fischer zufolge jedoch mit einer serbischen Offensive im Kosovo (20.03.99).	Habe später in dem Buch "Krieg um Kosovo" von Kurt Gritsch gesehen, dass sie beide unrecht haben. Der Konflikt hat schon viel früher begonnen und hatte viel Komplexere Ursachen.
	Aufsuchen und von Beweisen, bzw. brauchbaren Reden für meine These	Durcharbeiten von Literatur: - Daniele Ganser: Illegale Kriege - Joschka Fischer, die rot-grünen Jahre - Mira Beham: Kriegstrommeln Ausserdem suche ich in den Quellenangaben der Bücher nach weiterer brauchbarer Literatur	Viel mehr Material als erwartet vorhanden.	Konnte zeitweise den offenen Brief Joschka Fischers nicht finden. Die Bundespressekonferenz vom 31.03 ist für mich nicht zugänglich.	Ich habe es dann mit etwas Hilfe doch geschafft. Ich habe E-Mails an die Bundesregierung, die Bundespressekonferenz "RT-Deutsch" und "jung und naiv" geschrieben.

	Bearbeitung der gefundenen Reden	Suchen nach Aussagen, die mit dem Zweiten Weltkrieg zu tun haben	Bin in der Joschka-Fischer-Autobiographie auf Bundestagsreden mit viel Material gestossen.	Ich habe herausgefunden, dass es noch sehr viel mehr Bundestagsprotokolle zum Kosovo-Konflikt gibt. Zum Bosnien Konflikt habe praktisch nichts, abgesehen vom offenen Brief Joschka Fischers an seine Partei.	Habe mich dazu entschieden, mich mehr auf den Kosovo-Konflikt zu konzentrieren, da ich aufgrund der Autobiographie von Joschka Fischer viel mehr Anhaltspunkte zum Kosovo- als zum Bosnien-Konflikt habe.
07.08. - 08.08.	Überarbeitung des Konzepts und Verfassen des Inhaltsverzeichnisses		Konnte mich jetzt schon etwas genauer festlegen, die Fragestellung besteht immer noch aus drei einzelnen Fragen, aber ich weiss ungefähr, worüber ich schreiben werde.	Wie genau soll ich die Reden-(Schnipsel)-analyse in einen Fliesstext einordnen? Soll ich chronologisch oder logisch vorgehen? Darf ich gewisse Aussagen überhaupt auf ihre historische Korrektheit beurteilen?	Werde erst einmal weiter Recherchieren und versuchen Zusammenhänge zwischen den Reden zu finden. Ja, ich darf die Aussagen bewerten, muss es allerdings begründen können.
14.08.	Besprechungstermin: Besprechung des Konzepts und des Inhaltsverzeichnisses Eingrenzung des Themas		Ich weiss einfach nicht, in welche Richtung meine Arbeit gehen soll, was genau, was bewirkt hat und so weiter...	Es gibt so viele interessante Themen und Gebiete und Zusammenhänge, die ich gerne ansprechen würde.	Ich soll mich erst mal auf meine These konzentrieren und auf die Reden, die ich gefunden habe und dann daraus ein Konzept für die Redenanalyse machen.

15.08	Recherchieren über NAZI-Wortschatz Ethnische Säuberung = 2. WK-Begriff?	Internet	Ich finde nicht wirklich was Brauchbares dazu... Der Begriff "ethnische Säuberungen" entstand erst mit dem Kosovo-Konflikt.	Ich kann den Begriff daher nicht verwenden.	Ich muss also nach Genozid bzw. Völkermord suchen.
	Recherche zur GfbV Göttingen, vor allem nach Videomaterial	Internet	Habe auf der Website genaue Daten zu den Demonstrationen und Mahnkundgebungen gefunden.	Habe weder Video- noch Bildmaterial gefunden	
16.08.- 18.08.	Recherche	Noch einmal den Film "Es begann mit einer Lüge" anschauen und dabei Notizen machen	Sehr viele Informationen, die belegen, dass die Vergleiche zwischen Serben und Nazis falsch waren.		
19.08.	Reportage von RT-Deutsch schauen	Notizen dazu machen	Interessant, nichts, was für meine Fragestellung direkt relevant wäre, könnte aber als Quelle durchaus nützlich werden.		
	RT-Deutsch Artikel lesen		Sehr viel Interessantes, kann gut als Quelle für den einleitenden Teil der Arbeit genutzt werden.		

20.08.- 27.08.	Historischen Überblick fertigstellen	Joschka Fischer, Die rot grünen Jahre fertig bearbeiten bzw. lesen und die fehlenden Daten eintragen	Habe jetzt den historischen Überblick fertiggeschrieben.	Ich habe zwar Fussnoten eingesetzt, jedoch ohne die Seitenanzahl einzutragen, was ich noch nachholen muss.	
28.08.- 29.08.	Reden für die Analyse sammeln Bundestagsprotokoll der 248. Sitzung (13. Bundestag)	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	einiges Brauchbares, habe ein Dokument für alle Redenausschnitte erstellt.		
30.08.- 31.08.	Reden für die Analyse sammeln Bundestagsprotokoll der 32. Sitzung (14. Bundestag)	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	Auch viel mehr Material als erwartet, werde mich in der Arbeit wohl hauptsächlich auf Bundestagsreden stützen.		
02.09.- 03.09.	Reden für die Analyse sammeln Bundestagsprotokoll der 43. Sitzung (14. Bundestag)	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	Einige Vergleiche und Bezüge auf das Dritte Reich.		
04.09.- 05.09.	Reden für die Analyse sammeln Bundestagsprotokoll der 30. Sitzung (14. Bundestag)	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	eher weniger, aber immer noch ein paar Reden in denen das Dritte Reich erwähnt wird.		

04.09-05.09	Reden für die Analyse sammeln Bundestagsprotokoll der 31. Sitzung (14. Bundestag)	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	Ich habe immer mehr Material zur Auswahl.		
06.09	Reden für die Analyse sammeln Bundestagsprotokoll der 33. und 34. Sitzung (14. Bundestag)	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	nicht wirklich brauchbares Material, aber sehr spannend.		
	Ein Buch, das ich bestellt habe ist heute angekommen, Kurt Gritsch "Krieg um Kosovo". bearbeiten und durchlesen	Randnotizen	Tolles Buch, genau für mein Thema gemacht, mit richtig vielen Informationen!	Hier sind schon wieder neue Informationen und Hinweise auf neues Material.	Ich glaube, dass ich besser bei meinen Bundestagsreden bleiben sollte
07.09	"Krieg um Kosovo" bearbeiten	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	wunderbares Kapitel zu meinem Thema.		
08.09-09.09	Reden für die Analyse sammeln Bundestagsprotokoll der 35. Sitzung (14. Bundestag)	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	auch viel tolle Sachen, allerdings nur veranschaulichendes Material.		

10.09.	Erstellung eines Mind-Maps für Frau Oberson, bzw. mich	Aufschreiben und aufzeigen der wichtigsten Zusammenhänge	Ich sehe, dass ich mich im politischen Bereich bewege. Dieser steht mit vielen anderen Dingen gar nicht unbedingt im Zusammenhang, was einerseits schade ist, andererseits kann ich mein Thema langsam eingrenzen.	Es sind zwar für sich alles Dinge, die zusammenhängen, aber sie sind historisch immer noch nicht eingeordnet. Ich kann also nicht sagen, dass "diese Sache zu dieser geführt hat", weil alles irgendwie gleichzeitig passiert und ich keine Ereignisse, sondern nur Phänomene zusammengestellt habe.	Ich sollte wirklich nach historischen Ereignissen suchen, die miteinander in Zusammenhang stehen.
11.09.	Reden sammeln Bundestagsprotokoll der 34. Sitzung (14. Bundestag)	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	Sehr informative Sitzung!		
12.09.- 13.09.	Reden sammeln Bundestagsprotokoll der 38. und 40. Sitzung (14. Bundestag)	Relevante Redenausschnitte werden in einem Word Dokument gesammelt	nicht Relevantes, habe jetzt aber insgesamt so viel Material zum Kosovo-Krieg, dass ich mich auf jeden Fall nur auf ihn konzentrieren werde.	Irgendwie habe ich immer mehr Material, komme aber nicht richtig vorwärts, bzw. habe immer noch keine Vorstellung davon, wie ich was schreiben soll	

18.09.	Besprechungstermin: Klären, wie ich das ganze Material, das ich habe, zu einer Arbeit umforme		Ich weiss immer noch nicht richtig wie anfangen, möchte aber unbedingt zwei exemplarische Seiten aus der Analyse schicken.	Wie genau beginnt man zu schreiben, wie muss das Ganze aussehen?	Meine Arbeit ist eine Mischung zwischen Quellenanalyse und Erörterung
19.09.- 22.09.	Vorbereitung aufs Schreiben	Bearbeitung von Kurt Gritsch, Krieg um Kosovo	Habe alles Wichtige markiert	Es sind so viele wichtige Sachen...	
21.09.- 22.09.	Anfangen mit Schreiben Beginne mit der Analyse der Reden	Versuche die Reden auszuwählen und zu sortieren, um mit der Analyse beginnen zu können.	Kein Fortschritt	Habe verzweifelt probiert, weiss aber nicht wie anfangen. Soll ich die Reden nach Partei, Datum oder Inhalt systematisieren...?	Meine Mutter hat gesagt, ich soll gar nicht erst versuchen mit dem Schwierigsten anzufangen, sondern einfach mit dem, wovon ich weiss wie schreiben, um in einen "Schreibfluss" zu kommen.
23.09.- 24.09.	Anfangen mit Schreiben (Versuch 2) Beginne jetzt mit dem historischen Verlauf des Kosovo-Krieges	Verwende Kurt Gritsch, Daniele Ganser, Steffen Hendel, Joschka Fischer, Bundestagsprotokolle, den Dokumentar-Film "Es begann mit einer Lüge " und diverse Internetquellen	Habe das Kapitel in zwei Tagen geschafft!	Es war echt schwer, das Wichtigste kohärent zusammenzufassen. Ich habe Fragen zum Zitieren (Film, Bundestagsreden) Darf man Google Books als Quelle benutzen?	besprochen ja man darf

25.09.- 26.09.	Schreiben des Kapitels zur Vergangenheitsbewältigung	Bearbeiten der Bücher: "Hitler das gesamtdeutsche Trauma ", "Geschichte als Trauma", "Trauma und Gesellschaft", "Die Mitläufer oder die Un- fähigkeit zu fragen", "Lexikon der Vergangen- heitsbewältigung", "Vergan- genheitspolitik"	Die meisten Bücher sind irrelevant, wichtig scheint nur "Vergangenheitspoli- tik" zu sein. Das Buch ist sehr span- nend, vor allem, dass schon Adenauer versucht hat, Deutschland zu remi- litarisieren.	Norbert Frei, "Vergangen- heitspolitik", beschreibt nur die ersten Jahre nach 1945... Ausserdem habe ich das Gefühl Zeug aufzuschrei- ben, dass ich später eh wieder löschen werde, weil es irrelevant ist... Darf ich Adenauers Ver- such, Deutschland zu rein- tegrieren mit dem Vorha- ben Schröders verglei- chen?	Ich darf das in meine Ar- beit als "kleine These" einbauen.
25.09.	Besprechungstermin Besprechung der zwei exemplarischen Seiten Fragen zur Zitation stellen		Ich weiss jetzt, dass ich mit dem Schreiben auf dem richtigen Weg bin.	Ich finde nicht wirklich ein Buch, dass die Vergangen- heitsbewältigung Deutsch- lands gut zusammenfasst	Frau Oberson hat angebo- ten, mir ein Buch zu brin- gen.

25.09.- 27.09.	Kapitel "Vergangenheitsbewältigung" vorbereiten/schreiben (Zweiter Versuch)	Bearbeitung von "Lexikon der Vergangenheitsbewältigung"	Ich versuche einen Zeitstrahl mit den wichtigsten Daten zu erstellen zu erstellen.	SEHR unübersichtlich und unzusammenhängend, da im Lexikon nur einzelne Ereignisse beschrieben werden. Es ist schwierig, aus dieser Masse an Informationen die wichtigen auszusuchen und dann einen Zusammenhang zu erstellen.	
09.10.	Vortrag von Kurt Gritsch schauen	Mitschreiben mit Videosequenz-Angaben	Der Vortrag fasst alles sehr schön zusammen, ich bin wieder im Thema drin.		
12.10.- 13.10.	Kapitel "Vergangenheitsbewältigung" fertig schreiben (Dritter Versuch)	Versuche jetzt die wichtigsten Ereignisse aus dem Lexikon der Vergangenheitsbewältigung zusammenhängend aufzuschreiben	so gut wie kein Fortschritt.	Ich verzettle mich total und habe das Gefühl, dass ich das, was ich schreibe sowieso löschen werde, weil es unwichtig ist.	Ich mache jetzt einfach mit dem Kapitel zu Deutschlands Interessen weiter und lasse dieses Kapitel erst mal in Ruhe.
14.10.- 15.10.	Kapitel "Deutschlands Interessen im Kosovo-Krieg" schreiben	Verwende vor allem Kurt Gritsch als Quelle, ausserdem Maria Mies, Steffen Hendel und diverse Internetquellen	Es ging sehr schnell voran.		

15.10.- 16.10.	Kapitel zur Politik schreiben	Verwende Kurt Gritsch, Joschka Fischer und diverse Internetquellen sowie das Video von KenFM	Ein sehr einfaches Kapitel, bin schnell fertig geworden.	Bin mir nicht ganz sicher, wie genau ich den Pazifismus der Grünen und den Wandel Fischers ausführen soll.	Habe die Pazifistische Ausrichtung von Grüne und SPD nur oberflächlich beschrieben, wenn notwendig, werde ich es später noch ausführen.
17.10.	Kapitel "Argumente der Debatte"	Verwende Kurt Gritsch, Steffen Hendel, Bundestagsprotokolle, div. Internetquellen und den Film "Es begann mit einer Lüge"	Ich habe mich in dem Kapitel sehr kurzgehalten und war daher auch schnell fertig.	Ich habe das Gefühl, noch viel mehr schreiben zu können, will mir die ganz wichtigen Sachen aber für die Analyse aufsparen.	
18.10.- 19.10.	Kapitel "Vergangenheitsbewältigung" (Vierter Versuch)	Habe mich diese Mal dazu entschieden, vor allem auf politische Themen einzugehen, da ich mich in der Arbeit vor allem auf Reden von Politikern stütze. Verwende neben dem Lexikon jetzt auch einige Internetquellen.	Habe es endlich geschafft!!!	Ich habe wahrscheinlich immer noch etwas zu viel Text, aber er ist endlich kohärent.	Werde später die Relevanz der einzelnen Ereignisse überprüfen, um dann kürzen zu können.

21.10.- 23.10.	Systematisierung der Reden	Im Excel wird eine Tabelle erstellt, die Reden werden nach Datum und Partei sortiert, der Inhalt wird mit Farben markiert	Ich bin mir jetzt sicher, dass weder eine Systematisierung nach Parteien noch nach Datum Sinn macht. Deshalb habe ich sie inhaltlich sortiert und zwei Argumentationsstrukturen herausgearbeitet. Ich bin mir jetzt absolut sicher, dass ich nur Bundestagsreden analysieren und andere Dokumente wie Zeitungsartikel oder andere Reden nur zur Veranschaulichung verwenden werde.	Ich bin mir immer noch nicht ganz sicher, wie ich die Analyse anfangen soll. Bin mir auch wegen der Fragestellung nicht so sicher. Wie soll ich beantworten, "inwiefern" das Dritte Reich in den Reden thematisiert wurde?	Ich muss auf diese Frage keine quantitative Antwort geben, ich darf sie qualitativ beantworten.
21.10.- 23.10.	Vorbereitung auf die Analyse	Lese alle relevanten Texte und Kapitel noch einmal durch	Ich sollte jetzt das Wichtigste wieder präsent haben.		
24.10.	Besprechungstermin Abklären von Zitationsproblemen und der Frage, wie ich die Analyse beginnen kann	Habe Frau Oberson eine Argumentationsstruktur vorgestellt, um sicherzugehen, dass ich auf dem richtigen Weg bin.	Meine Zitationsfragen wurden beantwortet, ausserdem fühle ich mich in meiner Idee von den Argumentationsstrukturen bestätigt.		

24.10-26.10.	Schreiben der Redenanalyse	Habe die besten Zitate für die jeweilige Argumentationsstruktur herausgesucht, sie nach Begriffen und Themen sortiert und in eine Reihenfolge gebracht. Diese Zitate habe ich dann in einen Text "eingebettet", indem ich Ausführungen zu den Zitaten oder den in ihnen verwendeten Begriffen gemacht habe.	Habe so etwas wie eine Rohversion der beiden Argumentationsstrukturen. Da diese schon so viel Platz einnehmen, habe ich mich dazu entschieden, das Kapitel zum Konsens zwischen den Parteien wegzulassen und nur den Holocaust als Versuch einer Vergangenheitsbewältigung zu thematisieren.	Weil ich bei der Redenanalyse immer schreiben muss, wer wann was gesagt hat, nimmt mir das viel Platz weg. Ich habe einige Fragen zur Formatierung der Zitateinzüge. Ich möchte irgendwo unbedingt von "Nie wieder Auschwitz" und "nie wieder Krieg" schreiben, es passt aber irgendwie nirgends rein.	Habe es schlussendlich bei der ersten Argumentationsstruktur zu den KZs geschrieben und beziehe mich später auf die verallgemeinerte Form, "Nie wieder Faschismus", "Nie wieder Krieg"
27.10.	Überarbeiten des ersten, einleitenden Teils	Ich habe jedes Kapitel, nachdem ich es geschrieben habe, mehrmals überarbeitet, und dann meinem Vater alle zusammen zu Lesen gegeben.	Habe ein paar Sachen im Aufbau verändert und deutlicher formuliert.	Das Kapitel zu den Interessen Deutschlands hat besonders viel Kritik bekommen. Ich habe mich in dem Kapitel fast nur auf Kurt Gritsch gestützt. Der hat alles etwas zu überspitzt geschrieben und ich habe es dann nochmal mehr pointiert.	Ich werde die Sachen, die nicht neutral sind und die Situation überspitzen, wohl rauslöschen müssen und mehr Quellen hinzuziehen, also wieder recherchieren müssen...

28.10.- 03.11.	Fertigstellen der Analyse	Habe zu den beiden Argumentationsmustern jetzt auch noch einen zusammenfassenden Teil und einen weiterführenden zum Thema der Holocaust als Vergangenheitsbewältigung geschrieben.	bin sehr zufrieden mit dem Ergebnis. Obwohl ich die ganze Zeit Angst vor diesem Kapitel hatte, hat es sich jetzt fast am flüchtigsten geschrieben.	Ich wechsele ständig zwischen Präsens und Vergangenheit, muss das unbedingt überarbeiten. Mir ist aufgefallen, dass mein Titel nicht mehr wirklich zu der Arbeit passt, die ich geschrieben habe.	
04.11.- 06.11.	Überarbeitung der Analyse	Aufschreiben und aufzeigen der wichtigsten Zusammenhänge	Habe die Analyse jetzt praktisch fertig.	Ich bin mir nicht sicher, wo ich erwähnen soll, welchen Zeitraum ich für die Reden ausgewählt habe.	Ich werde es in der Einleitung machen, um mich kurz fassen zu können.
06.11.	Besprechungstermin Letzte Fragen	Hatte viele Fragen zur Zitation und zur Formatierung Habe ausserdem wegen dem Zeitraum der bearbeiteten Reden gefragt	Frau Oberson hat mir gezeigt, wie ich den Text so formatieren kann, dass ich möglichst viel Platz spare. Ich habe erfahren, dass ich den Titel der Arbeit ändern darf!	Ich habe bis jetzt immer geschaut, wie viel Text ich habe, indem ich alle Fussnoten gelöscht habe. Die zählen aber leider mit. Un deshalb habe ich viel zu viele Seiten...	Ich versuche einfach an allem zu kürzen.

06.11.- 07.11.	Fazit schreiben	Habe gegoogelt wie man ein Fazit schreibt.	Es ging irgendwie langsamer, als ich gedacht habe.	<p>Habe während der Zusammenfassung der Ergebnisse gemerkt, dass ich den Aufbau der Arbeit überarbeiten muss, um einen roten Faden zu haben. Ich hatte bei dem zusammenfassenden Teil grosse Probleme damit, meine Ergebnisse aus dem einleitenden Teil mit den eigentlich unzusammenhängenden Kapiteln kohärent zusammenzufassen.</p> <p>Muss ich das Fazit eigentlich wieder mit Fussnoten belegen? Eigentlich zitiere ich mich ja selbst.</p>	Ich darf im Fazit die Fussnoten weglassen.
-------------------	-----------------	--------------------------------------------	----------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------

08.11.	Einleitung schreiben	Habe so eine Einleitung geschrieben, wie ich es auch bei einem Aufsatz tun würde, also mit Aufhänger und einer Herleitung zur Fragestellung. Die Fragestellung habe ich jetzt endgültig an die Arbeit angepasst.	War auch anstrengender als ich dachte, bin aber fertig geworden und sehr zufrieden mit dem Resultat. Habe jetzt den Zeitraum der zu analysierenden Bundestagsreden in diesem Kapitel definiert.		
09.11.- 10.11.	Vorwort schreiben		Bin so gut wie fertig damit.	Ich hatte Probleme damit, das Vorwort irgendwie von der Einleitung zu unterscheiden. Irgendwie habe ich Angst, dass es unprofessionell klingt oder so, wenn ich von mir selbst schreibe.	Habe mit meiner Mutter gesprochen und sie hat mir erklärt, dass das Vorwort der beste Weg ist, in einer wissenschaftlichen Arbeit wirklich seine eigene Meinung auszudrücken. Danach fiel es mir einfacher das Vorwort zu schreiben.
	Aufbau überarbeiten, Kohärenz verbessern	Orientiere mich beim Aufbau der Arbeit an dem zusammenfassenden Teil, den ich im Fazit geschrieben habe, da dieser die Ergebnisse des einleitenden Teils, kohärent zusammenfasst.		Meine Mutter hat gesagt, dass ich unbedingt Absätze in den Text einfügen muss. Ich würde sie am liebsten weglassen, um Text zu sparen, werde es jetzt aber doch tun.	

11.11.- 12.11.	Fussnoten überarbeiten	Gehe alle Fussnoten durch und kontrolliere ob sie stimmen. Habe mich für "zitiert in:" und nicht "zitiert nach:" entschieden.	Es hat viel länger gedauert als ich gedacht habe. Das waren ganze 8 Stunden.	War mir bei drei Zitationen etwas unsicher. Habe jetzt noch mehr Seiten, und ganz sicher zu viele, obwohl ich insgesamt nur 19.5 Seiten Fliesstext habe.	Habe Frau Oberson wegen den Zitationen eine E-Mail geschrieben Ich habe jetzt wirklich alles gekürzt was ich konnte und gebe die Arbeit jetzt einfach so ab.
12.11.	Quellenverzeichnis machen	Teile es in Primär- und Sekundärquellen auf	Das ging viel schneller als ich gedacht habe und hat irgendwie richtig Spass gemacht.	Bin mir nicht ganz sicher ob ich alle Filme und Videos einfach Videomaterial nennen soll.	
13.11.- 15.11.	Text überarbeiten Anhang machen (inklusive der Erklärung zur Maturaarbeit) Ein letztes mal die Fussnoten überarbeiten und "ebd." einfügen		Bin jetzt endlich fertig!!!	Ich hatte ehrlich gesagt keine Lust mehr und konnte diese Arbeit nicht mehr sehen.	
16.11.	Drucken der Arbeit				
18.11.	Abgabe der Maturaarbeit				